Projekt weitageszeitung

alle 14 Tage brandaktuell

MINUS 57 NUMMER

(1/91)

15. JÄNNER 1991

PREIS: öS 10,-

Türkei:

Streiks und Marsch nach Ankara

Gerade in der Phase massiver Kriegsgefahr steht der türkische Staat einer breiten Streikbewegung gegenüber, die vor allem für Lohnerhöhungen und Verbesserung der Arbeitsbedingungen eintritt. So befinden sich seit 30. November 1990 50.000 Minenarbeiter und seit 27. Dezember 1990 117.000 Metallarbeiter im Streik. Doch auch die ArbeiterInnen aus der Textil- und Papierindustrie wollen in den Ausstand treten.

Fortsetzung Seite 7



Marsch der 70.000 ArbeiterInnen nach Ankara

Italien: Anschläge gegen Roma und AsylantInnen

In Italien häufen sich in letzter Zeit Übergriffe auf AusländerInnen und Randgruppen. Die meist rassistischen Angriffe richten sich dabei immer öfter und offener auch auf italienische und jugoslawische Roma-Gruppen, die unter übelsten Verhältnissen an den Rändern der großen Städte leben.

Fortsetzung Seite 18

Golfkonflikt – Palästinafrage

Interview mit Amer Quadisch, Sprecher der PFLP (Volksfront zur Befreiung Palästüinas) über die Stellung der PalästinenserInnen zu Saddam Hussein

auf Seite 14

Wohnungsnot und Obdachlosigkeit in Graz

350.000 Familien leben in Österreich in Substandard-Wohnungen, 2.000 Menschen sind allein in Graz wohnungslos, 60-80 sind von der Obdachlosigkeit betroffen.

Näheres auf Seite 4

Im Sommer dieses Jahres wurde unter dem rassistischen Titel "Ausländerpaket" ein ebenso rassistisches Bündel von Gesetzen im Parlament beschlossen. (Die Abstimmungsmaschine "Große Koalition" macht's möglich.) Eines dieser Gesetze war das "Gesetz über die Bundesbetreuung von AsylwerberInnen". Mit diesem Gesetz wurde für die Bundesbetreuung von AsylwerberInnen eine gesetzliche Grundlage geschaffen (was die Situation der AsylwerberInnen in keiner Weise verbesserte) und die Aufteilung der Flüchtlinge nach auf die einzelnen Bundesländer festgelegt.

Bereits im Oktober hat die IGARA in einem offenen Brief kritisiert, daß die Grüne Parlamentsfraktion oder Teile davon diesem Gesetz zugestimmt haben. Eine Reaktion darauf von Manfred Srb haben wir in TATblatt minus 61 veröffentlicht. Hier folgt nun eine weitere Antwort von Madeleine Petrovic und ein offener Brief der IGARA, in dem die IGARA noch einmal auf das Verhalten der Grünen Fraktion eingeht

Offener Brief der IGARA

betreffend die Zustimmung der Grünen NationalratsmandatarInnen (bis auf einen) zu dem gegen Flüchtlinge gerichteten "Gesetz über die Bundesbetreuung"

Die GRÜNEN — in bester österreichischer Tradition?

(initiative gegn ausländerinnenfeindlichkeit, rassismus und antisemitismus – igara)

Bereits vor zwei Jahren hat die IGARA dagegen protestiert, daß der Minderheitensprecher und Mandatar des Grünen Klubs Karel Smolle für eine Apartheidgesetz gegen die slowenische nationale Minderheit gestimmt hatten und dies von dem Rest der Grünen Abgeordneten als akzeptabel behandelt wurde.

In einem Protestschreiben hat die IGA-RA Mitte Oktober erheut dagegen protestiert, daß grüne ParlamentarierInnen einem Herrenmenschengesetz zugestimmt haben. In diesem Protest heißt es unter anderem:

"Dieses Gesetz reiht sich nahtlos ein in die Verschärfung der Sondergesetzgebung gegen AusländerInnen. Damit ist endgültig Ausgrenzung angesagt: Die Betroffenen haben nicht einmal die Möglichkeit zu beeinflussen, wohin sie verfrachtet werden. Sie haben keinerlei Rechtsanspruch auf "Bundesbetreuung". Einspruchsmöglichkeiten gegen die oft menschenunwürdige Lebensbedingungen in den Pensionen gibt es nicht. Das Verpflegungsgeld von ca. öS 170,-/Tag geht direkt an die PensionsbesitzerInnen. Während die Kosten für diese aufgrund oft menschenunwürdiger Lebensbedingungen (überbelegte Zimmer, grausliches Essen etc.) teilweise nur einen Bruchteil dieses Satzes ausmachen, wodurch die PensionsbesitzerInnen sich ihre Bilanzen aufbessern, erhalten die AsylwerberInnen im Höchstfall ganze öS 400,- im Mo-

Ausgeliefert der Willkür irgendwelcher PensionsbesitzerInnen und Verwaltungsbeamter sind die Betroffenen gezwungen, manchmal jahrelang in dieser Situation auf die Erledigung ihrer Asylanträge zu warten.

Fortschrittliche Asylpolitik hat unter anderem zum Ziel, Bedingungen zu schaffen, die den AsylwerberInnen Leben unter menschenwürdigen Bedingungen und die Fortsetzung fortschrittlicher politischer Arbeit (zB. Zurverfügungstellung von Wohnungen und ausreichenden finanziellen Mitteln, freie

Wahl des Aufenthaltsorts).

Wir verurteilen deshalb auch die Unterstützung dieses Gesetzes durch die MandatarInnen der Grünen Fraktion im Parlament."

Vor zwei Jahren haben wir auf unseren Protest keinerlei Antwort bekommen seitens der Partei oder des Parlamentsklubs der Grünen.

Diesmal haben wir dafür gleich zwei Antworten erhalten, eine von Madeleine Petrovic und eine von Manfred Srb. Aber was für Antworten sind das?!

- Madeleine Petrovic redet allgemein vom "Vordringen des Polizeistaates", vermeidet es aber, konkret zum Abstimmungsverhalten der Grünen am 5. Juli Stellung zu nehmen, obwohl doch gerade das kritisiert wird, und obwohl doch gerade dieses Gesetz zum weiteren "Vordringen des Polizeistaates" gehört. Die Antwort von Madeleine Petrovic gleicht dem sattsam bekannten Muster von bürgerlichem PolitikerInnenverhalten. Davon kann sich jede und jeder selbst überzeugen (siehe diese Antwort im Anhang).
- Im Schreiben von Manfred Srb heißt es, seine Fraktion habe "den ausländerfeindlichen Gesetzen nicht zugestimmt". Aber bis auf ihn selbst haben alle anderen Fraktionsmitglieder dem ausländerfeindlichen Gesetz über die Flüchtlingsverteilung zugestimmt.

Manfred Srb behauptet, daß die Zustimmung der grünen Fraktion (bis auf ihn selbst) "versehentlich" erfolgt sei. Er versucht das mit der "vor der Sommerpause" herrschenden Hektik zu rechtfertigen: "Flüchtlingsfreundlichkeit" wegen Urlaubs geschlossen?

Srb's Verhalten — "ich war nicht dabei, ich habe getan, was ich konnte" — ist unserer Meinung nach hervorragend dazu geeignet, ein zu verurteilendes politisches Verhalten zu verschleiern: einzelne Personen beteuern ihre "Unschuld", damit die Gruppe aus ihrer Verantwortung entlassen werde. Vor zwei Jahren waren es ja "nur" drei, die für das Apartheidschulgesetz gestimmt

Liebe Freunde von der IGARA

Ihr habt im Zusammenhang mit den "Husch-Pfusch-Gesetzen" der letzten Tage des alten Nationalrats in Sachen AusländerInnenpolitik berechtigte Kritik geübt, teilweise auch am grünalternativen Abstimmungsverhalten.

Ich glaube, daß die gesamte Vorgangsweise in Sachen AusländerInnen, von den Änderungen im Bereich Fremdenpolizei über die Novellen zur Ausländerbeschäftigung bis hin zur Flüchtlingsfrage Ausdruck einer verantwortungslosen Torschlußpanik der Regierung angesichts der Haider-FPÖ war

Was mich erschüttert hat, ist, daß es in Österreich offensichtlich keinen wirklich breiten Widerstand gegen dieses Vordringen des Polizeistaates gab. Um in Hinkunft zu einer besser abgestimmten Vorgangsweise des Protestes gegen derartige Maßnahmen und einer Zusammenarbeit zwischen den AusländerInnen- und Flüchtlingshilfeorganisationen mit den Grün Alternativen zu kommen, schlage ich regelmäßige Kontaktreffen auf Basis einer AusländerInnen-Plattform mit grünalternativen Abgeordneten vor; sowohl Terezija Stroisits als auch Marijana Grandits und ich stehen Euch dafür primär zur Verfügung.

Mit besten Grüßen Eure Madeleine Petrovic •

haben, jetzt war einer dagegen. Auf diese Weise wird in Österreich — wenn auch in anderer Dimension — seit 45 Jahren die "Bewältigung" der Verbrechen des Faschismus vorexerziert.

Manfred Srb versucht die parlamentarische Unterstützung des Gesetzes seitens der Grünen (bis auf einen) durch die bürokratische Maschinerie zu erklären. Scheinbar wird dadurch der Zustimmung die politische Dimension genommen.

Wir möchten auch die Frage zur Diskussion stellen: Wodurch ist eigentlich garantiert, daß den Grünen nicht ein weiteres Mal und immer wieder "aus Versehen" derartiges "passiert", zumal sie bisher offenbar keinen Grund sehen, ein solches Verhalten zu verurteilen?

Eine für uns akzeptable Herangehensweise setzt unbedingt eine klare Position zu den Möglichkeiten und Grenzen parlamentarischer Politik voraus. Erst dann ist für eine Gruppe wie die IGARA eine Zusammenarbeit mit einer Partei — wie sie Madeleine Petrovic vorschlägt — auf konstruktiver Ebene möglich, die nicht in einer tödlichen Umarmung endet.

Wir fordern eine klar und öffentliche Stellungnahme der Grünen Parlamentsfraktion

IGARA — angenommen am 12. Dezember 1990 mit einer Gegenstimme ●

Einberufungstermin 2. Jänner 1991: Nicht alle kamen, nicht alle wollten !!!

Die Zahl der Inhaftierten nach Militärstraf- oder Wehrgesetz ist so hoch wie nie zuvor in der zweiten Republik. Der neue 'Minister ohne ideologische Verkrampfung' verkrampft sich nicht in überholten Grundsätzen wie 'Gewissensfreiheit', 'Grundrechtsschutz' oder ähnlichem. Und der kurze Aufwärtstrend in der Beliebtheitsscala, den das Bundesheer nach Beginn der Menschenhatz an der Ostgrenze erreichen konnte, dürfte endgültig vorbei sein. Noch nie seit Einführung des Zivildienstes haben so viele Menschen auf einmal die Annahme der Waffe, der Uniform und des sonstigen Mistes verweigert. Zur Zeit fehlt uns (und den meisten anderen leider auch) noch der Überblick über genaue Hintergründe und Motivation der einzelnen 'Fälle'. Wir werden das im nächsten TATblatt nachtragen. Hier vorerst nur die puren Daten.

(TATblatt Wien)

HERMANN STOCKER

22 Jahre; Elektromechaniker

2 Mal bei der Zivildienstkommission durchgefallen; will Zivildienst ableisten (wenn man ihn nur läßt).

Sitzt zur Zeit im

Gerichtlichen Gefangenenhaus Wiener Neustadt

WOLFGANG ULRICH

- 30 Jahre alt, Förster (oder so irgendwie)
- Wollte nach Kanada auswandern und hatte dort bereits Arbeit.
 Nachdem ihm die Aufenthaltserlaubnis entzogen worden war, mußte er nach Österreich zurückkehren, wo das Bundesheer schon lauerte.
- 2 Mal bei der Zivildienstkommission durchgefallen.
- Rückte am 2.Jänner in Klagenfurt ein und verweigerte die Annahme der Waffe, der Uniform etc.
- Am 3 Jänner wurde er ins Gerichtliche Gefangenenhaus Klagenfurt überstellt, wo er jetzt sitzt.
 - Er will Zivildienst ableisten.
- Eine Adoption durch amnesty international dürfte bevorstehen

Adresse:

Gerichtliches Gefangenenhaus Klagenfurt

NELKEN BASCAUSEVIC

- ist 22 Jahre alt, stammt aus Jugoslawien (Beruf und so wissen wir nicht)
- Er kehrte vor kurzem von einem längeren Aufenthalt in Jugoslawien nach Österreich zurück.
- Zwar hatte Nelken einen Zivildienstantrag gestellt, doch war dieser während seines Auslandsaufenthaltes verhandelt und abgelehnt worden (was rechtlich nicht möglich ist, wenn ihm die Ladung zur Kommission nicht zugestellt werden konnte). Bei seiner Rückkehr wurde er bereits von den Behörden gesucht.
- Nach einer Kontaktaufnahme mit dem Bundesheer, bei der er erklärte, den Dienst mit der Waffe verweigern zu wollen, berief ihn das Militärkommando Wien für den 2.Jänner ein, obwohl es eigentlich das Zivildienstverfahren hätte abwarten müs-

sen

- Am 2.Jänner verweigerte Nelken die Annahme des ganzen Bundesheermists und wurde nach 24 Stunden im Arrest ins LG 1 eingeliefert.
- Ob er Zivildienst ableisten will, ist (noch) nicht bekannt.

Adresse:

Landesgerichtliche Gefangenenhaus Wien Landesgerichtsstraße 11 A-1080 Wien

Kaum zu überhören ist und war die Tatsache, daß

PIUS STROBL

- ehemaliger Bundesgeschäftsführer der Grünen, am Montag dem 7. Jänner nach einer Pressekonferenz von einem, des Sprechens kaum mächtigen Militaristenschädel hopps genommen worden ist.
- Strobl hatte nach Beendigung seiner Karriere als Gendarm den Präsenzdienst antreten müssen. Vor der Wahl 1986 wurde er aber als Kandidat der Grünen vom Dienst freigestellt.
- Die Freistellung blieb danach dank des Jobs als Bundesgeschäftsführer aufrecht und endete erst mit der Niederlegung des Amtes nach der letzten Nationalratswahl.
- Ende November hätte er erneut Einrücken müssen, tat dies aber nicht und begründete seine Verweigerung mit der Ablehnung des Bundesheeres. Er wurde wegen "Nichtbefolgung des Einberufungsbefehls" angezeigt und schließlich festgenommen.
- In der Kaserne verweigerte er die Annahme der Waffe etc und wurde daher zusätzlich wegen "Befehlsverweigerung" angezeigt.
- Die Erlassung eines Haftbefehls lehnten die befaßten Richter des Landesgerichts Eisenstadt ab. Solche Haftbefehle werden üblicherweise wegen "Wiedeholungsgefahr" erlassen, da jede Verweigerung eines Befehls als wiederholte Straftat gewertet wird (Prinzip der Mehrfachbestrafung). Bei Strobl, in dessen Fall von der Bekämpfung fragwürdiger Entscheidungen durch alle Instanzen ausgegangen werden kann, scheuten die Richter vor einer solchen Erpressung des Verweigerers (Du kommst erst raus, wenn du die Waffe nimmst) zurück. Der Fall Strobl kann daher positive Auswirkungen für alle derzeitigen und zu-

künftigen Verweigerer haben.

• Um Strobl — natürlich rechtswidrig — dennoch hinter Gittern halten zu können, greift das Bundesheer auf Tricks zurück, die mensch eigentlich nicht für möglich gehalten hätte:

Da er nach 24stündigem Arrest aus der Gefangenschaft entlassen werden müßte, wird ihm jedesmal nach Ablauf der Tagesfrist neuerlich die Annahme der Waffe befohlen, um ihn nach getaner Verweigerung wieder für 24 Stunden einzubuchten. Wie gesagt: 'Grundrechte' sind für das Bundesheer ein Fremdwort.

Strobls Anwalt erwägt ein VfGH-Klage. Adresse:

Martinskaserne Eisenstadt 7000 Eisenstadt

Einen Nachtrag zur vorletzten Ausgabe des TATblatt:

Der Salzburger Kriegsdienstverweigerer Peter Kreiner wurde am 10 Dezember 1990 nach 9-wöchigem Aufenthalt im Untergrund aus dem Bundesheer entlassen und kann nun einen neuerlichen Zivildienstantrag stellen.

Achtung:

Am 17.1. um 9 Uhr 45 findet im LG 1 in Wien der

Prozeß gegen Gregor T.

statt. Er soll "sich listiger Umtriebe bedient (haben), um sich der Wehrpflicht zu entziehen". Der Prozeß verdient auch deshalb große Aufmerksamkeit, weil Gregor bereits einmal unter irrsten Verdrehungen nach diesem Paragraphen (§58 WehrG'90) verurteilt worden ist.

Für alle, die spontan Interesse an der Justiz entwickeln können und die Rechtsrealität in Österreich kennenlernen wolken:

Jeden Montag und Donnerstag finden im Wiener Grauen Haus (LG 1, Saal 2034) militärstrafrechtliche Verhandlungen statt, die besucht werden können. Wer hingeht, könnte ja auch Papier und Zettel mitnehmen und Notizen machen. Die Totalverweigerungsgruppe und das TATblatt wären für solche Mitschriften sehr dankbar.....

Die Körösi ist vernichtet...... Gibt es die "Körösi" noch?

Grazer Sozialpolitik zeigt ihr wahres Gesicht: Zersplitterung, Isolierung Jugendlicher durch den Abbruch der Körösistraße 26.

(TATblatt-Graz)

Körösi — für viele TatblattleserInnen ein Begriff, für die Neuen eine kurzer historischer Abriß: Im Jänner 1989 wurde in der Ägydygasse in Graz (!) ein Haus von einer Gruppe besetzt, die ein Wohn-, Kultur- und Arbeitszentrum verwirklichen wollte. Als Übergangslösung wurde ihnen von der Stadt Graz das Haus Körösistraße 26 angeboten, das Haus Ägydigasse wurde binnen kürzester Zeit abgerissen.

Es folgten unzumutbare "Angebote" (? die können es einfach nicht ernst gemeint haben) von seiten der Stadt, im Frühling 1989 wurde das Bürgermeisterbüro besetzt und eine schriftliche Zusicherung, zum ehest möglichen Termin ein geeignetes Haus zur Verfügung gestellt zu bekommen, wurde unterzeichnet.

Aber was bedeutet schon ein Vertrag mit jungen Menschen, die ihr Leben selbst in die Hand nehmen wollen für die Stadt Graz. Sie sucht ja sowieso jegliche Mittel, um diese Menschen zu diskreditieren und an den Rand der Gesellschaft zu drängen. So veranstalteten Grazer Stadtblätter ein wahre Medienhetze gegen Punks und Bunthaarige; sie wurden für soziale Probleme wie Drogenabhängigkeit, Kriminalität, Obdachlosigkeit und Arbeitslosigkeit veranwortlich gemacht. Zuletzt hat die Polizei ihren Repressionsapparat sehr deutlich spüren lassen durch seltsamste Hausdurchsuchungen und Schikanen.

Aussperren, sie unsichtbar machen, die Gruppen zerstreuen, ihnen die letzte Kommunikationsstelle wegnehmen — die Sozialpolitik der Stadt Graz.

Dieses Vertrag existiert heute noch, die Übergangslösung wurde immer mehr zum fixen Bestandteil der Jugendlichen. Jedoch war das Haus in einem dermaßen schlechten Zustand (feucht, mangelnde Isolierung), daß letzten Winter zwei Leute dort starben.

Vom Streetwork-Team Graz wurde im Herbst 1990 schriftlich in der Stadt deponiert, daß es lebensbedrohend sei, in den Häusern Körösistraße 26 und 28 zu überwintern.

Dadurch wurden Überlegungen in der Gemeinde angeregt und man (absichtlich!) einigte sich darauf, alle EinwohnerInnen in die Mariengasse zu übersiedeln. Jedoch wurde diese Überwinterungsmöglichkeit durch BürgerInnenproteste, die auch mit Gewaltandrohungen nicht sparten, falls es zu einer Ansiedlung komme, verhindert. Die Stadt akzeptierte diese Diskriminierung der Jugendlichen von seiten der Bevölkerung, versuchte nicht, sich damit auseinanderzusetzen und zog das Angebot zurück.

Die neue Variante heißt Einzelwohnversorgung und bedeutet, daß drei Jugendliche Zusicherung auf Kündigungsschutz haben.

Inzwischen wurde aber das Haus Körösistraße 26 abgerissen und das Haus Körösistraße 28 versiegelt. Viele wichtige Dinge von Leuten, die derzeit nicht in Graz sind oder sich gerade (auf Einladung der österreichischen Gesellschaftsordnung) in der Nervenklinik befinden, können nicht zu ihren Sachen. Diese Leute können nicht mehr zurück, in das zwar baufällige, aber doch zugängliche Haus, das für sie Zuhause bedeutet hat.

Diese Häuser waren außerdem Kommunikationsstellen für viele Unorganisierte; haben Leuten, die einfach weg wollten als Schutzraum und Notschlafstelle gedient, waren ein Raum, wo sie ihre Ideen von anderen Lebensformen ausprobieren konnten. Dienten einfach als offene Häuser!

Und diese offenen Häuser gibt's nicht mehr. Niemand in der Stadt scheint sich jedoch Gedanken zu machen, was passieren soll, wenn die Leute, die jetzt gerade weg sind — einige sind in den Süden gefahren sind, wo's warmer ist, einige sind für kurze Zeit nach Wien, weil dort das Überleben auf der Straße anscheinend ein wenig "leichter" ist — zurück kommen.

Die derzeitige Lösung ist keine Lösung, denn viele Jugendliche werden das "Angebot" nicht annehmen, da es sie in die soziale Isolation und langsame Verelendung treibt. Die angebotenen Zimmer befinden sich neben dem Obdachlosenasyl, eine Gegend, die viele Jugendliche meiden.

Die Stadt Graz ist in Besitz von einigen leerstehenden Häusern, wir fordern sie auf, endlich ihren Vertrag einzuhalten und diesen Menschen IHR Haus zu geben statt es gewinnbringend vermieten zu wollen oder SpekulatInnen in den Rachen zu stopfen.

Die Jugendlichen stehen derzeit allein auf der Straße, haben keinen Raum, wo sie leben und sich treffen können, werden medizinisch nicht versorgt und manchen droht dadurch eine Zwangseinweisung in die LSKH.

HAUS HER!!!!!●

Aktion Wohnungnot und Obdachlosigkeit in Graz

Ende Dezember kurz vor Weihnachten versuchte die ARGE Wohnungsnot mittels einer Übernachtungsaktion am Bahnhof auf die Probleme der Obdachlosigkeit/Wohnungsnot in Graz aufmerksam zu machen.

(TATblatt-Graz)

350.000 Familien leben in Österreich in Substandard-Wohnungen, 2000 Menschen sind allein in Graz wohnungslos, 60-80 sind von der Obdachlosigkeit betroffen.

Ihnen bleibt als Alternative zu den persönlichen Freiraum stark einschränkenden Heimen und Asylen oft nur der Bahnhof oder Parks als billige Übernachtungsmöglichkeit, wo sie "nur" ständigen Kontrollen und Schikanen der Polizei und der Bahnhofswärter ausgesetzt sind. Durch den Besitz einer Fahrkarte bis zum nächsten Bahnhof aber zumindest keine kriminelle Handlung begehen wie z.B. in leerstehenden Häusern (obwohl natürlich ein gültiger Fahrschein noch lange keine Aufenthaltsgarantie ist..).

Besonders betroffen sind unter anderem

- AusländerInnen, die oft genung auch noch dazu verwendet werden, die Obdachlosigkeit der InländerInnen zu erklären,
- Jugendliche, für die ein Leben in Asylen und Heimen nicht akzeptabel ist,
- sogenannte "psychisch Kranke" fast 50 % der in psychiatrischen Kliniken Untergebrachten könnten bei geeigneten Wohnverhältnissen entlassen werden,
 - und alle Menschen mit geringem Ein-

kommen, da sie sich das immer teurer werdende Spekulationsobjekt Wohnraum nicht leisten können.

Obwohl 10.000 Wohnungen in Graz leerstehen und auch Psychiatrie, Krankenhäuser und Knäste in die städtische Obdachlosenplanung miteinbezogen werden, scheint die Stadt unfähig, die Probleme zu lösen, sodaß auch in diesem Winter mit weiteren Todesfällen unter den Obdachlosenen gerechnet werden muß.

Die ARGE fordert daher als Sofortmaßnahme und Übergangslösung Notquartiere in leerstehenden Häusern, wobei besonders wichtig wäre, daß an das Recht auf einen Schlafplatz keine Bedingungen oder Einschränkungen geknüpft werden, wie das z.B. in Asylen und Heimen der Fall ist. Und in weiterer Folge ein Wohnungsanforderungsgesetz, das heißt, daß leerstehende Wohnungen von der Gemeinde vergeben werden können. Außerdem wird die Arbeit an den Ursachen der Wohnungsnot (niedere Einkommen, hohe Lebenshaltungskosten, noch höhrere Mieten, Spekuation, Umstrukturierungen,....) gefordert. Die derzeitige Situation basiert auf dem Widerspruch zwischen dem Recht auf Eigentum und dem Recht auf Wohnen, Leben und Über-Leben.●

Kurzer Bericht vom langen Anti-Opernball-Plenum:

(T. Obisch)

In etwa zeitgleich mit dem Erscheinen des letzten TATblatts, in dem wir zu einem Treffen bezüglich möglicher gemeinsamer Aktivitäten gegen den Opernball eingeladen hatten, lud auch die KJÖ-Wien — zufällig — für den gleichen Tag zum Treffen ins Amerlinghaus. Was lag näher, als die beiden Termine zusammenzulegen.

Und so fanden vergangenen Mittwoch an die 90 Personen ihren Weg ins Amerlinghaus, darunter Gruppen aus Graz, Linz und überhaupt...

Weder die KJÖ noch die TATblättlinge hatten sich groß vorbereitetet, was anfänglich größere Schwierigkeiten verursachte. Festen bekannt. In einer Situation, in der mit Angriffen der Polizei gerechnet werden muß, wäre das unverantwortbar.

• Eine Verbindung der verschiedenen Ansprüche könnte eine Demonstration darstellen, die zwar bei der Oper vorbeikommt, um die dort wartenden Menschen 'mitzunehmen', den Karlsplatz aber bereits vor 22 Uhr (traditioneller Zeitpunkt der Balleröffnung und des Polizeiüberfalls auf die Demonstration) wieder verläßt und andere, ev. verschiedene Punkte ansteuert.

Andere Vorschläge wurden kurz diskutiert und — mit Einschränkungen — für gut befunden:

• Etwa die Idee, mit Rädern an den

Aktionen teilzunehm en, da diese der Polizei weit flexibler ausweichen könnten als allein auf ihre Füße angewiesene Demonstra ntInnen.

Die Diskussion war recht mühsam, da niemand den

Leben führen können.

Anstatt uns vor ihnen zu schützen, werden sie vor uns geschützt.

Damit sie nicht zu spüren bekommen, wie wir unter ihrer Gier zu leiden haben und damit sie keine Angst bekommen, daß wir uns ein wenig von dem zurückholen, das sie uns nicht

nur an einem Tag pro Jahr stehlen.

es, denen wir unser Leben unterord-

nen müssen, damit sie ein besseres

Helmut Seethaler

An einem Tag pro Jahr

(gefundenan der Zettel-Gedicht-Wand im Westbahnhof)

Wir sollen ruhig sein und schweigend zusehen, wenn die Macher ihr
größtes Fest inszenieren. Sie sind

Der hell erleuchtete Haupteingang der Wiener Staatsoper saugt alle Wichtigmacher und wichtigen Macher dieses Landes in sich auf. In einer Nebenstraße der Oper sammeln sich die, die gegen diese Parade des Reichtums demonstrieren

Vorsorglich haben die in teuerste Gewänder gekleideten Einflußreichen ihre folgsamen Söldner geschickt und die Umgebung der Oper großräumig abgeriegelt.

Worüber eigentlich reden? Über eine Demonstration? Die war nicht unumstritten. Über politische Ansprüche an Aktionen am Tag des Opernballs? Dem standen wiederum Menschen mit konkreten Vorschlägen entgegen.

Zuerst einmal — wild durch einander — verschiedene Ansprüche:

- Wir wollen nicht warten, bis uns die Polizei jagt und prügelt. Die Erfahrung haben wir schon oft genug machen müssen (dieser Anspruch war unumstritten).
- Von Menschen aus anderen Städten kam der Vorschlag fast schon die Forderung —, "von der Demonstration endlich wegzukommen und dezentrale Aktionen (zu) forcieren".
- Dem gegenüber standen der Anspruch der eher traditionalistischen radikalen Linksgruppen (Trotzkis etc.), die Leute, die unorganisiert zur Oper kommen, nicht allein zu lassen, da dies einem Verheizen von Menschen gleichkäme.
- Der Vorschlag, die Aktionen gegen den Opernball mit einem Straßenfest in den Nachmittag zu verlegen, um der Polizei so auszuweichen, wurde nur kurz diskutiert und sehr schnell verworfen. Zum einen würde ein solches Fest dauernd der Gefahr polizeilicher Angriffe ausgesetzt sein. Andererseits ist der Umgang mit Alkohol auf

idealen Vorschlag präsentieren konnte, der allen Recht gewesen wäre. Erschwert wurde sie auch durch das Diskussionsverhalten einzelner, die diese Unsicherheit, das Formulieren von Ansprüchen an politische Aktionen und die gemeinsame Suche nach geeigneten Ausdrucksformen nicht akzeptieren wollten.

Wer am 7.2. demonstrieren, sich aber nicht von der Polizei verprügeln lassen wollte, wurde gleich mit Aufforderungen wie "...red' net herum, mach' an Vurschlag" zur 'Ordnung' gerufen.

Wer sich gegen Verhandlungen mit der Polizei oder vorbeugende Distanzierung von Militanz aussprach, wurde gleichmal der Kooperation mit der Rechten geziehen bzw als TerroristIn denunziert: "Die brauchen ja nur so etwas wie einen hausgemachten österreichischen Terrorismus, um hier ein Bundeskriminalamt nach BRD-Muster einrichten zu können".

"Wir müssen mit der Polzei verhandeln, sonst liefern wir ihnen den Vorwand zum Angriff." usw.

Fast hätte mensch annehmen können, einige 'altgediente Politcracks' wären nur gekommen, um andere von Aktionen gegen den Opernball abzuhalten bzw. sie zu verunsichern, falls sie sich nicht abbringen liessen. Kurzzeitig schien es auch so, als hätte

diese 'Strategie' Erfolg: Die Konzentration der TeilnehmerInnen ließ nach, Zweierund Dreiergespräche zerteilten die Diskussion, die ersten gingen fort...

Erstaunliches passierte: Die verbliebenen 60 bis 70 Frauen und Männer einigten sich darauf, Nebengespräche einzustellen und nicht mehr durcheinander zu brüllen. Nach längerem hin und her wurde der 'Vorschlag', mit der Polizei über das Demonstrationsrecht zu verhandeln, (praktisch) ohne Gegenstimmen abgelehnt (siehe dazu

Demonstration gegen den Opernball:

Donnerstag 7.2.1991, 19 Uhr Südtiroler Platz.

TATblatt minus 58: "mitgefangen, mitgehangen"). Die 'Politcracks' räumten das Feld.

Die Idee der Demonstration, die den Karlsplatz lediglich streift, wurde favorisiert. Wie sie genau aussehen kann und soll, wird noch besprochen werden. Fix ist bislang nur:

- Die Demonstration wird angemeldet. Verhandlungen mit der Polizei finden NICHT statt, da sie nur ein Teil der polizeilichen Spaltungsstrategie sein können (siehe auch TATblatt minus 58: "mitgefangen, mitgehangen").
- Die Demonstration findet in jedem Fall statt. Die Herrschenden werden nicht tanzen, solang 'unsere Jungs für unser Öl' krepieren. Soviel Mitgefühl können sie für

Vorbereitung der Demonstration gegen den Opernball

Jeden Mittwoch um 19 Uhr im Amerlinghaus Stiftgasse 8, A-1080 Wien

die Millionen von Menschen in der sog. 3. Welt', die jedes Jahr Opfer imperialistischer Politik sind und werden, nicht aufbringen. Und ganz abgesehen von der Kriegstreiberei und dem Rassismus der

Außerdem:

Mittwoch 6.2.1991 19 Uhr Oper Den Herrschenden keine Ruhe...

Laut lärmende Rasseldemo zu den Hotels der OpernballbesucherInnen

Lärminstrumente mitbringen!!!!

Herrschenden gibt es mit oder ohne Opernball genügend Gründe, die Wut auf die Straße zu tragen.

Wer nicht kommen kann, aber dennoch 'was dazu zu sagen hat, kann das ans TAT-blatt schicken. Wir kopieren das dann und verteilen es auf den Plenas, bzw. drucken wir's auch ab.

Sag mir wo die Frauen (im ORF) sind

1980 untersuchte Dr. Christine Leinfellner "Das Bild der Frau im TV". Die Ergebnisse waren den Erwartungen entsprechend ziemlich deprimierend. Zehn Jahre später wagte es eine Publizistikstudentin erneut und konnte nicht viel Ermutigenderes feststellen.

/R N)

Christine Leinfelllner hat im Jahr 1980 "Das Bild der Frau im TV" untersucht. Darunter waren auch die Nachrichtensendungen, die sie auf ihren Anteil an Frauen bei der Gestaltung (als Redakteurinnen, Kommentatorinnen, Korrespondentinnen, ...) und Präsentation (Moderatorinnen) hin analysierte.

Die Ergebnisse deckten sich weitgehend mit ihren Erwartungen: Die Nachrichten vermitteln eine Welt von Männern für Männer.

- An der Gestaltung der Sendungen und Beiträge waren so gut wie keine Frauen beteiligt.
- Die Nachrichten wurden fast ausschließlich von Männern präsentiert.
- Die Präsenz von Frauen in den Beiträgen (in Form von Funktionarinnen, Expertinnen oder Alltagspersonen) war äußerst gering.
- Selbst unter den Personen, die nur im Bild waren (scheinbar zufällig) ohne eine Aussage zu machen, waren mehr Männer als Frauen.
- "Frauenspezifische Themen" (Kinder, Haushalt, Soziales, Schönheit, Mode, ...) von denen man(n) ja annimmt, daß sie das einzige sind, was Frauen interessiert, machten nur 3 % der Nennungen aus und wurden darüberhinaus vorwiegend von Männern präsentiert.

Christine Leinfellners Schlußfolgerung: "Die Nachrichten spiegeln die Realität der leitenden Männer in Politik, Wirtschaft, Kunst und Kultur wider."

Zehn Jahre danach untersuchte Brigitte Neichl, eine Publizistikstudentin, im Rahmen einer Proseminararbeit "Die Repräsentanz von Frauen und frauenspezifischen Belangen im ORF, exemplarisch dargestellt anhand der Analyse von einer Woche Zeit im Bild 1".

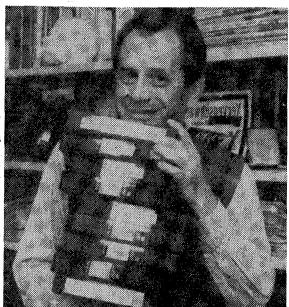
Ihre Ergebnisse unterscheiden sich nur unwesentlich von denen Christine Leinfellners. Auch im Jahre 1990 kommen Frauen in den Nachrichten kaum vor und frauenspezifische Themen sind nur marginal vorhanden.

Der Anteil der Redakteurinnen beträgt 20 %, bei Christine Leinfellner waren es noch 7,6 %. Damit haben sie in zehn Jahren 12,4 % aufgeholt. Wenn das so rasant weitergeht, gibt es im Jahr 2015 einen unverschämten 51 %-Anteil von Frauen. Da sei Bacher vor!

Der Anteil der Sprecherinnen (bei Bei-

trägen) war 57.5 % (5,8 % bei Chr. L.), bei den Moderatorinnen kamen die Frauen von 0 auf 46 %, das ist durch die neue Paarmoderation bedingt.

Interessant dabei, daß nicht die Hälfte aller Nachrichten von Frauen gelesen wer-



Horst Friedrich Mayer, Chef der Zeit im Bild

den, was ja anzunehmen wäre, sondern meist die weniger wichtigen. So wurde z.B. die erste Meldung, die ja die wichtigste ist, in 5 von 7 Fällen von einem Mann gesprochen. Als Funktionsträgerinnen kamen Frauen zu 7,5 % (6,6 % bei Chr. L.) vor, und Hintergrundpersonen waren 1,3 % nur Frauen, 2,6 % überwiegend Frauen, aber 68,5 % nur oder überwiegend Männer (bei Chr. L. 83,2 %).

Von 127 Themen waren nur 7 (!) "frauenspezifisch". Das sind 5,6 %, bei Chr. L. waren es 1980 nur 2,6 %. Welch ein Fortschritt!

Es bestätigt sich der Satz, daß Frauen in den "Männerthemen" nicht oder nur kaum und "frauenspezifische" Themen fast gar nicht vorkommen. Bei den wenigen sind es meist Männer, die sie gestalten, sprechen und auch öfter als "Funktionsträger" vorkommen.

"Das Bild der Frau", das der ORF in seinen Nachrichten vermittelt, ist damit konservativer als die Realität, und die ist bekanntlich schon nicht rosig.

Frauen finden in der ZiB 1 weniger Identifikationsmodelle als Männer, ihr Wirken und Schaffen findet nicht die nötige Beachtung, ihre Probleme werden nicht in ausreichendem Maße behandelt.

Was Frauen in Österreich und der übrigen Welt tun, findet keinen Eingang in die Welt der Medien und wird dadurch als nicht wichtig eingestuft.

Na, wenn das keine guten Aussichten für 1991 sind ...●

the times of kangaroos are over austria is not austria liskwechsel, postfach 385, a-4010 linz bestellen

Fortsetzung von Seite 1:

Der Marsch auf Ankara

Ein Marsch von 70.000 Minenarbeitern, die von der Entlassung bedroht sind, nach Ankara (Sitz der Regierung und des Staatspräsidenten Turgut Özal) wurde nach 6 Tagen durch ein Großaufgebot von Militär und Polizei beendet. 186 ArbeiterInnen wurden während des Marsches, der von 4.1. bis 10.1. 1991 dauerte, verhaftet.

(TATblatt-Wien)

Der Großteil der Minenarbeiter und solidarischen Frauen, die sich am 4. Jänner 1991 von der Stadt Zonguldak in Richtung Ankara in Bewegung setzten, sind von der Stillegung der Minen und damit dem Verlust der Arbeitsplätze, bedroht. Am Marsch beteiligten sich auch pensionierte und arbeitsunfähige Minenarbeiter und Frauen, die sich mit dem Kampf der streikenden Arbeiter verbunden fühlen. Zuerst wollten die Arbeiter mit Autobussen nach Ankara fahren, doch als das Militär von diesen Plänen erfuhr, wurden alle Fahrten von Autobussen nach und von Zonguldak gestoppt. So entschlossen sich die ArbeiterInnen, sich zu Fuß auf den 250km langen Weg zu ma-

chen. Erschwerend zur langen Wegstrecke, die in ca. 10 Tagen zurückgelegt werden sollte, kamen noch Schnee und Kälte hinzu.

Doch die Armee war schon beim Abmarsch der 70.000 Menschen in Alarmbereitschaft versetzt worden. Alle Zufahrtswege in die Stadt Ankara kamen unter die Kontrolle von Polizei und Militär, überall in der Stadt wurden Barri-

kaden errichtet und Panzer fuhren vor dem Wohnhaus Turgut Özals auf. Hierfür wurden Streitkräfte aus dem gesamten Umland zusammengezogen.

Am zweiten Tag stießen die Maschierenden auf eine Barrikade des Militärs, die "ganz einfach" umgangen wurde.

Staatspräsident Özal betonte wie auch schon vor Beginn des Marsches, daß die Minen der Stadt Zonguldak geschlossen werden; und daß es unmöglich sei, eine Einigung zu erzielen.

Am 6.1. (3. Tag) wurde der Zug nach ca. 100 km Fußmarsch kurz vor der Stadt Eskicaga gestoppt. Die ArbeiterInnen sollten daran gehindert werden, die Hauptverbindungsstraße zwischen Istanbul und Ankara zu erreichen. Dabei nahm die Armee auf die Initiative des Staatssicherheitsgerichtes

(DGM) hin 186 ArbeiterInnen fest, die den Barrikaden zu nahe gekommen waren.

Es wurde von der Regierung klar gesagt, daß bei einem Weitergehen der ArbeiterInnen Gewalt angewendet werden wurde.

Darauf beschlossen die Maschierenden, sich in ein nahegelegenes Dorf zurückzuziehen, wo sie 2 Tage verharrten. Der Vorsitzende der Minenarbeitergewerkschaft Demizer forderte die Arbeiter nun auf, nach Zonguldak zurückzukehren, da er nach Ankara fahren werde, um über die geplante Schließung der Minen und über die geforderten Lohnerhöhungen zu verhandeln. Der Großteil der ArbeiterInnen stimmte der Vorgangsweise Demizers zu und machte sich auf den Heimweg.

der Demokratie" sind, doch daß die SHP nicht bereit sei, den Marsch zu unterstützen.

Der Vorsitzende von Turkis (Dachverband der meisten türkischen Gewerkschaften, gleichzusetzen mit dem ÖGB) hat vom Vorsitzenden der Minenarbeiter Denizer verlangt, den Marsch zu verschieben, da er den Erfolg des Generalstreikes vom 3.1.1991 zunichte macht.



Die Gewerkschaften riefen für den 3. Jänner zum landesweiten Generalstreik auf, doch selbst bezeichneten sie diese Arbeitsniederlegung als Generalstreiksprobe, um dem gesetzlichen Verbot von General-

streiks zu entkommen.

Die ArbeiterInnen blieben vor allem in Ankara der Arbeit fern. Auch blieben in den ArbeiterInnenvierteln die Geschäfte geschlossen. Turkis gab an, daß 95 % aller Gewerkschaftsmitglieder den Aufruf folgten.

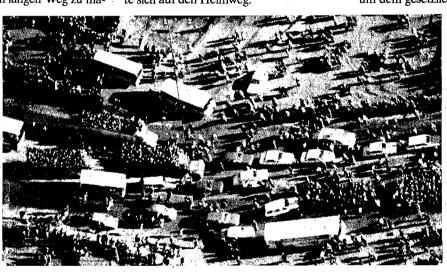
Während des Generalstreiks wurden 200 ArbeiterInnen verhaftet, die noch immer, wie auch die 186 während des Marsches auf Ankara Festgenommenen, im Häfn sitzen. Auch verlo-

ren viele ArbeiterInnen ihren Arbeitsplatz oder müssen Strafgelder für ihre Arbeitsniederlegung bezahlen.

Die Regierung hat auch bekannt gegeben, daß im Kriegsfall ein Streikverbot erlassen wird. Die MetallarbeiterInnen reagierten darauf mit der Ankündigung, daß sie im Falle eines Krieges zwar in die Fabriken gehen würden, doch die Arbeit verweigern würden. Denn sie begreifen den Kampf gegen den Irak nicht als den ihren.

(Sorry, daß der Artikel leider fast nur trockene Fakten ohne viel Hintergrund oder/und Einschätzungen enthält; war aber in so kurzer Zeit nicht anders möglich. Doch wir hielten es aus Aktualität des Themas trotzdem für wichtig und richtig den Artikel so zu bringen. Die VerfasserInnen) [war

doch eh nicht so schlecht, ein Korr-Leser]•



Der Marsch der Minenarbeiter traf auf große Solidarität in der Bevölkerung, die versuchte, die Maschierenden materiell zu unterstützen. Die ArbeiterInnen waren während des Marsches auch auf die Unterstützung der ansässigen Bevölkerung angewiesen, da der Rote Halbmond (Schwesterorganisation des Roten Kreuzes) jede Hilfe (in Form von Zelten oder Decken) verweigerte

Die Geschäftsleute von Zonguldak lie-Ben aus Solidarität mit den ArbeiterInnen ihre Geschäfte geschlossen. Doch das Militär zwang die Geschäftsleute aufzusperren.

Die SHP (Sozialdemokratische Partei), die sich in der Opposition befindet, stand dem Marsch reserviert gegenüber. Der Vorsitzende der SHP meinte, daß solche Aktionen zwar "selbstverständliche Teile

bezahlte Anzeige:

Wir ziehen um

Der papierTIGER platzt aus allen Nähten. Aber nimmer lang! Ab 7. Jänner 1991 hat er eine neue Adresse: 1070 Wien, Westbahnstr.40. Fast ums Eck vom Öko-Institut. Telefon 523 30 71. Fax Durchwahl -22. Unser Detailverkauf hat dann auch am Samstag offen! Aber bis dahin sehen wir uns sicher noch (2.,Springerg.1 und 7.,Schottenfeldg.53)!

Türkei:

Die Unterdrückung hat Methode Eine Chronologie:

(DEMOKRAT!, Nr.7-Dez.90)
•Samstag, 20.Oktober

In Usak Banaz wurde der Buchhalter Vedat Sümercan verhaftet, weil er an das Fenster seines Büros ein Transparent mit der Losung "Nein zu Krieg" aufgehängt hat. Nach dreitägiger Verhaftung wurde er freigelassen, doch er soll zu drei Jahren Freiheitsstrafe verurteilt werden.

●Montag, 22.Oktober

Wegen einer Wandzeitung mit Anti-Kriegs-Inhalten, die in einem Gymnasium aufgehängt wurde, werden für den 16-jährigen N.A. 20 Jahre Gefängnis gefordet.

●Dienstag, 23.Oktober

Das Staatssicherheitgericht (DGM¹) hat die 12. Ausgabe von "Yüzyil" vom 21. Oktober wegen Lostrennungspropaganda² beschlagnahmt.

Mit dem Prozeß gegen den Verein von Krankenschwesterinnen in Istanbul wegen kommunistischer Propaganda wurde im DGM angefangen. Die sieben Vorstandsmitglieder müssen mit Haftstrafen bis zu 10 Jahren rechnen.

Mittwoch, 24.Oktober

Das Diyarbakir-Büro der wöchentlichen Zeitschrifft "Yeni Ülke" wurde zu Mitternacht durch unbekannte Täter in Brand gesteckt

●Freitag, 26.Oktober

Osman Günes, der Verantwortliche der Zeitschrift "Emek Dünyasi" wurde wegen Lostrennungspropaganda zu 6 Jahre und 3 Monaten verurteilt.

Die 25. Ausgabe von "Yeni Öncü" wurde vom DGM beschlagnahmt.

Die vom IHD (Menschenrechtsverein) in Usak gemachten Anti-Kriegs-Transparente wurden vom Gouverneur verboten. Dieses Urteil wurde auch vom Gericht gerechtfertigt.

Nach den Angriffen von der Polizei auf das Büro von Devrimci Genclik und Wohnungen wurden 17 Personen verhaftet. Die verhafteten Personen wurden nach 12 Tagen freigelassen. Das Trommelfell eines Vertreters von Devrimci Genclik ist infolge Folters geplatzt.

●Sonntag, 28.Oktober

Vedat aydin, der bei der Generalversammlung des IHD auf kurdisch gesprochen hatte, Ahmet Z. Okcuoglu, der dies übersetzt hatte, und Mustafa Özer, der diese unterstützt hatte, wurden verhaftet. Vedat Aydin und A. Z. Okcuoglu wurden nach 8 tägiger U-Haft vom DGM verhaftet.

Unsal Idiz, der in Tokat wegen Raub verhaftet worden war und nach Beweisen,

daß er nicht schuldig war, freigelassen wurde, hat sich aufgehängt.

●Dienstag, 30.Oktober

Die 36. Ausgabe von "Toplumsal Kurtulus" wurde mit der Behauptung, kommunistische und seperatistische (Separatismus = Bestrebung zur Lostrennung) Propaganda zu verbreiten, vom DGM beschlagnahmt.

Im Gefängnis in Amasya wurden die Gefangenen auf Befehl des Gefängnisdirektors hin mit Brettern und Gummiknüppeln geprügelt. Viele Gefangene und in U-Haft sitzende Personen wurden verletzt. Danach begannen sie einen Hungerstreik, in dem sie ihre erkämpften, von der Gefängnisverwaltung jedoch wieder zurückgenommenen, Rechte zurückfordern.

•Mittwoch, 31.Oktober

Die Anträge für die Zulassung der geplanten Anti-Kriegs-Demonstrationen in Izmir und Denizli wurden von Goverments mit lächerlichen Begründungen abgelehnt.

●Donnerstag, 1.November

Necmettin Coban, der während seiner 70-tägigen Haft im Siirt-Gefängnis ständigen Angriffen ausgesetzt war, ist in Istanbul gestorben. Die Angriffe auf Necmettin Coban verursachten psychische Schäden, die jedoch keine Überstellung in ein Krankenbaus bewirkten.

DGM-Istanbul will den Schauspieler Ilyas Salman wegen einer Rede in Bursa zu 10 Jahren Haft verurteilen.

•Freitag, 2.November

Der Student Ömer Karatas, der zwischen 21. und 30. Oktober in der politischen Abteilung der Polizei in U-Haft saß, bewies mit einem ärztlichen Untersuchungsbericht, daß er während seiner Inhaftierung gefoltert worden war. Er stellte einen Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft.

Das Buch "Das Tunceligesetz und das Massaker in Dersim" von Ismail Besikci und die letzten Ausgaben von "Emegin Bayragi" und "Sosyalizm" wurden aufgrund eines Urteils vom DGM beschlagnahmt.

●Dienstag, 6.November

An Gründungstag von YÖK⁴ wurden mehr als 400 StudentInnen während Protestaktionen in der ganzen Türkei in U-Haft genommen. In Eskisehir wurden 12 StudentInnen durch prügelnde Polizisten verletzt. 61 StudentInnen wurden ebenfalls wegen Protestaktionen von verschiedenen Unis weg verhaftet.

•Freitag, 9.November

Die Zahl der am Hungerstreik beteiligten Gefangenen beträgt nun 620. Die Zahl

der Verwandten, die sich in einem Solidaritätshungerstreik befinden, beträgt mehr als 1000 Personen. Der Justizminister (wörtlich übersetzt "Gerechtigkeitsminister") bestätigte, daß den Gefangenen kein Zucker und kein Wasser gegeben werden.

●Montag, 12.November

Die VorsitzenderInnen von Tayad, Gülten Sasan und Mustafa Eryüksel, wurden wegen der Verletzung des Ansehens der Türkei zu 5 Jahren verurteilt.

Mittwoch, 14.November

Im Prozeß wegen der Ermordung von Siddik Bilgin (1982 oder 1983) gab der Oberleutnant Ümit Eris zu, daß sie ihn zu Tode gefoltert hatten.

• Donnerstag, 15. November

Der Hungerstreik im Diyarbakir Gefängnis wurde nach 38 Tagen beendet, nachdem die Forderungen der Gefangenen angenommen worden sind.

Kemal Ilter, der Sekretär von IHD in Sakarya wurde wegen der vom Verein vorbereiteten Anti-Kriegs Buttons zu drei Monaten Haft verurteilt. Die Strafe konnte in eine Geldstrafe umgewandelt werden.

•Samstag, 17.November

IHD Gaziantep wurde von Goverment (Stadtvorsitzender) mit der Begründung: "illegale Tätigkeiten" geschlossen.

27 ArbeiterInnen wurden bei einer Demonstration von ArbeiterInnen von der Polizei verhaftet. Vom Gericht wurde U-Haft über sie verhängt.

●Montag, 19.November

Die politischen Gefangenen im Izmir Buca-Gefängnis begannen mit einem Hungerstreik für die Verbesserung der Haftbedingungen und gegen jegliche Repression in den Gefängnissenzu kämpfen.●

Fußnoten:

¹ DGM: Staatssicherheitsgericht. Hat die Rolle der militär-faschistischen Putschgerichte übernommen und behandelt ausschließlich Fälle mit politischem Charakter.

² Mit Lostrennung ist hier das Recht der KurdInnen gemeint, einen eigenen kurdischen Staat zu gründen.

Tuncelli ist eine alte Stadt in Kurdistan, die nach einem Massaker an der Zivilbevölkerung im Jahre 1937/1938 in Dersim umbenannt wurde. ⁴YÖK:Kommission für das gesamte Hochschulwesen in der Türkei. Wurde unmittelbar nach dem faschistischen Putsch 1980 ins Leben gerufen. YÖK hat das Bestimmungsrecht für den gesamten universitären Bereich (Lehrinhalte, Prüfungsbestimmungen, bestimmt die lehrenden Professoren...)

Am 1. Mai wurde sie von türkischer Polizei angeschossen:

Gülay in Wien

(TATblatt-Wien)

Am 12.12.1990 begrüßten etwa 40 Personen Gülay Beceren am Flughafen Wien Schwechat. Die junge Frau wurde bei der

1.Mai-Demo in der Türkei von einem Kiberer angeschossen: drei Rückenwirbeln wurden zertrümmert, das Rückenmark teilweise durchtrennt. Der Kiberer hat laut Gesetz richtig und korrekt gehandelt und wird aller Wahrscheinlichkeit nach nie gefunden werden. Die Anklagepunkte gegen Gülay heißen jedoch:

- Teilnahme an einer nicht erlaubten Demo
- Widerstand gegen die Staatsgewalt
- Mitglied einer Widerstandsgruppe deren Namen leider irgend eine/r geschluckt hat.



waren die Kriterien nach denen sich die Kiberei bei ihren Verhaftungen richteten. Eingekreist, dicht nebeneinander gedrängt, so daß sich die DemonstrantInnen kaum

rühren konnten und dann in die Luft ballern = nur eine Methode zu versuchen die Menschenmenge einzuschüchtern und auseinander zu treiben. Gülay geriet in so einen



"Kessel", (so dramatisch das jetzt auch klingen mag-) seit damals kann sie nicht mehr gehen.

Ein Danke unserem(!) Bundeskanzle-

Auf Grund der Tatsachen, daß die medizinische Versorgung und die Chance auf Besserung des gesundheitlichen Zustandes von Gülay in Österreich besser sind und durch das ständige Drängen einer bestimmten Gruppe von Frauen und Männern, sah

sich das BKA (Bundeskanzleramt) gezwungen, etwas zu tun und setzte seine Hebel in Gang(...). Über ein halbes Jahr hat es gedauert und nun werden sogar die Flugkosten von der AUA und allfällige Spitalskosten von der Ersten Allgemeinen Unfallversicherung großzügig selbst getragen.

Da sag du mir noch einmal etwas über AusländerInnenhaß in Ö's Politik, wenn doch das BKA "persönlich" sich so waagemutig mit deren Hebeln über-

hebelt und alles "Menschenmögliche veranlaßt" um Gülay zu helfen. Da bleibt nur noch eins zu sagen: "....." (welche/r das errät, sende bitte die richtige Antwort an's Tatblatt, zu Gewinnen gibt's drei "nette" AntiBKApickerln) •

Einladung zur Beteiligung an der

Blumen-Informations-Kampagne

Frühmorgens von Frauenhänden in von Pestiziddämpfen erfüllten Gewächshäusern zurechtgezupft, zu Billigstlöhnen gepflückt, gebunden und sortiert. Nachmittags zum nahegelegenen Flughafen gefahren, und von Frachtflugzeugen internationaler Fluglinien in die Niederlande, die BRD und auch nach Österreich transpor-

notrut und beratung für vergewaltigte frauen



SELBSTHILFEGRUPPE FÜR FRAUEN

im Notruf beginnt am 23.1.91 um 19h eine Selbsthilfegruppe für Frauen die vergewaltigt worden sind

unsere Adresse geben wir euch telefonisch bekannt.

NOTRUF UND BERATUNG FÜR VERGEWALTIGTE FRAUEN **UND MÄDCHEN** Mo 9-12h, Di u. Do 18-21h Tel. 93 22 22

Solandet die in Kolumbien, Peru, Brasilien, Kenia oder Thailand fabrizierte Blumenpracht am nächsten Morgen in Amsterdam, Frankfurt oder Wien. Die Arbeiterinnen und ihre Kinder werden krank; fruchtbarer Boden wird durch Einsatz von hochgiftigen Chemikalien für die Lebensmittelproduktion unbenutzbar, Grundwasser wird verseucht, der Grudwasserspiegel sinkt ...

Geschenkt wird die Blumenpracht dann wiederum vor allem Frauen -Haus- und Ehefrauen, Müttern, Geliebten, Freudinnen, speziell zum Muttertag als einmal jährlich ausgesprochener Dank für die sonst unbedankte, unterbewertete und mißachtete Arbeit im Haushalt, für Mann und Kinder.

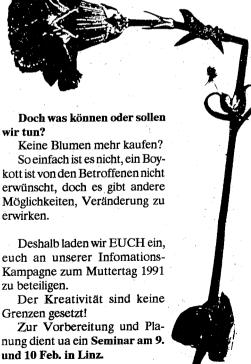
Die Arbeit der Frauen als Bindeglied zwischen der gesundheitlich und ökologisch schädlichen Blumen-Exportproduktion in Ländern der "Dritten Welt", als entwicklungspolitisch zumindest fragwürdige Angelegenheit.

So einfach ist es nicht, ein Boykott ist von den Betroffenen nicht erwünscht, doch es gibt andere Möglichkeiten, Veränderung zu erwirken.

euch an unserer Infomations-Kampagne zum Muttertag 1991 zu beteiligen.

nung dient ua ein Seminar am 9. und 10 Feb. in Linz.

Anmeldung und Information: FRAUENSOLIDARITÄT Weyrgasse 5/1 1030 Wien Tel: 0222/713 35 94/80



Guatemala:

Neue rechte Regierung

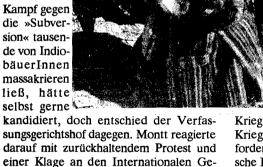
Am Montag, 14.01.91, trat (wenn nichts dazwischengekommen ist) der neue Präsident Gautemalas, Jorge Serrano Elias, sein Amt an. Erstmals in der Geschichte des mittelamerikanischen Staates folgt ein gewählter Zivilist einem gewählten Zivilisten als Staatschef. Obwohl Serrano Gespräche mit der Guerilla verspricht, ist dennoch nichts Gutes zu erwarten. Die Volksbewegung sieht sich massiv gefährdet.

(TATblatt-Wien, APIA, ides)

Bei der Stichwahl am 6. Jänner trat Jorge Serrano Elias von der evangelischen »Bewegung Solidarischer Aktion« als Sieger hervor. Die Wahlbeteiligung lag bei ganze 47%. "Ein Gesellschaftsspiel für die Reichen", kommentierte ein Sozialarbeiter aus einem Armenviertel die Wahl und steht mit dieser Meinung offensichtlich nicht alleine da.

Serranos Kandidatur wurde nicht nur vom amtierenden Präsidenten Vinicio Cerezo mit seinen Christdemokraten und dem

Bürgermeis der ter Hauptstadt unterstützt, auch der ehemalige Diktator Guatemalas, General Efraim Rios Montt stand ihm hilfreich zur / Seite. Rios Montt, der im Kampf gegen sion« tausende von IndiobäuerInnen massakrieren ließ, hätte



Diese hatte sich bereits einmal bewährt, als Serrano unter der Regierung Montt von 1982 bis 1983 den Nationalrat führte. Just in jener Zeit also, als Montt die »Patrouillen der zivilen Selbstverteidigung« ins Leben rief*), und als im Rahmen der "Aufstandsbekämpfung" die Armee und die Todesschwadronen gegen die indianischen BäuerInnen vorzugehen begannen, mit dem Ziel, der Guerilla die Basis in der Zivilbevölkerung zu entziehen**).

richtshof und zieht im übrigen eine Zusam-

menarbeit mit Serrano vor.

Serrano bekam auch Unterstützung von außen:

Der konservative honduranische Staatspräsident Rafael Leonardo Callejas finanzierte einen Großteil seines Wahlkampfes und die Reagan-Administration hat ihn bereits 1988 am Republikanischen Konvent mit einer Auszeichnung beehrt.

Serrano gilt als noch rechter, als sein Vorgänger Cerezo. Sein politisches Programm für die kommenden 5 Jahre: Kür-

zung der öffentlichen Ausgaben, Steigerung der Produktivität und hartes Durchgreifen gegen politische Gewalt, Straßenkriminalität und Drogenhandel.

Der Menschenrechtsbeauftragte der Regierung, Ramiro de Len, sah bereits vor der Stichwahl die Volksbewegung und Menschenrechtskommission in Gefahr: Beide Kandidaten hätten einen Pakt mit dem "ökonomischen Sektor" geschlossen, der die "demokratischen Kräfte" gefährde. De Len war jahrelang Rechtsberater der Koordinationskomitees der Kammern für

Handel, Industrie, Landwirtschaft und Finanzwesen (CACIF), außerdem Mitglied des Staatsrates. In seiner Arbeit hatte er es bisher vermieden, gegen die Menschenrechtsverletzumgen der Militärs vorzugehen. Um so erstaunlicher seine jetzige Warnung.

Auch die Guerillabewegung »Revolutionäre Nationale Einheit Guatemalas« (URNG) warnte in einem am 10. Dezember veröffentlichten Komuniqué vor weitreichenden militärischen Operationen: Seit Oktober konzentriere das Militär seine Kräfte und seine

Kriegsmittel, mit dem Ziel, den Krieg auszuweiten. Die URNG fordere alle Kräfte, die eine politische Lösung für den Krieg unterstützten auf, wachsam zu sein und keine Rückschritte im Dialogprozeß zuzulassen.

Offensiv zeigte sich das Militär beim Massaker von Santiago Atitlan am 2. Dezember, also in der Zeit zwischen Wahl und Stichwahl: Soldaten waren unter dem Vorwand einer Razzia in ein Haus eingedrungen und wollten Geld erzwingen. Als der Besitzer sich weigerte, gab es eine Schießerei und er wurde mitgenommen. Bei einer anschließenden Demonstration von ca 4.000 Menschen mit weißen Fahnen vor der Kaserne, wurde das Feuer auf die Menge eröffnet. Fazit: 16 Tote und 21 Verwundete. Erstmals seit seinem Bestehen machte der Menschenrechtsbeauftragte der Regierung das Militär eindeutig und direkt verantwortlich: Es handle sich nicht einfach um ein erneutes

Massaker, sondern um die Fortsetzung des Machtmißbrauchs und der Unterdrückung der Bevölkerung.

Nachdem ein nationaler Konsens zwischen den meisten gesellschaftlichen Gruppen und der URNG immer näher gerückt ist, schalten Militär und CACIF jetzt auf hart: Eine politische Lösung könne es nur mit "entwaffneten Gruppen" geben.

Es bleibt abzuwarten, ob der neugewählte Präsident sein Versprechen zum Dialog mit der Guerilla einhalten wird, oder ob die wirtschaftlichen und militärischen Kräfte ihre Interessen durchsetzen werden. ●

Fußnoten:

Noch heute soll jeder männliche Dorfbewohner über 15 einmal in der Woche "freiwillig" das Dorf bewachen und gegen die »Subversion« verteidigen. Wer nicht mitmachen will, gilt selbst als Guerillero und muß sich verstecken.

Das System der gegenseitigen Bespitzelung funktioniert: Es spaltet die Dorfgemeinschaft und macht Nachbarn, Cousins und Onkel zu Denunzianten

Amilca Mendez, Leiter des CERJ, einer indianischen Basisgemeinschaft, bezeichnet dieses System als "inneren Kolonialismus", da es ausschließlich die Indianer – alles LandarbeiterInnen – trifft, die ihre Felder nicht mehr bestellen können.

können.

**) Diese Strategie gilt bis heute, auch in der seit 5 Jahren zivilen Regierung: jedeR, der/die ökonomische oder soziale Reformen fordert und sich zusammenschließt — egal, ob zur Bibelrunde oder zur Verteidigung der BürgerInnenrechte, steht im Verdacht, SympathisantIn zu sein.

bezahlte Anzeige:



Haiti:

Wahlen und Putsch

Nachdem es 5 Jahre nach dem Sturz des Diktators »Baby-Doc« Jean-Claude Duvalier am 16. Dezember des Vorjahres nun doch noch freie Wahlen abgehalten werden konnten, war das junge Glück (das sich allerdings noch als solches bestätigen muß) bereits 3 Wochen später massiv gefährdet: Aus dem Exil zurückgekehrt sammelte der ehemalige Innenminister und enge Vertraute Duvaliers, Roger Lafontant, seine Leute um sich, um am 6. Jänner gegen den neugewählten linksgerichteten Präsidenten Aristide zu putschen. Doch nicht für lange: nach wenigen Stunden stellten die Armee und das aufgebrachte Volk die gewählte Ordnung wieder her.

(TATblatt-Wien, APIA)

Haiti, das ärmste Land des Kontinents, konnte im Februar 86 seinen langjährigen Peiniger und Diktator Jean-Claude Duvalier endlich abschütteln. Doch die alten Strukturen lebten weiter: Die Duvaleristen kontrollierten nach wie vor die Armee und den Staatsapparat, die gefürchtete Privatmiliz der Duvaliers, die sogenannten »Tonton Mascoutes«, die für viele Morde an RegimegegnerInnen verantwortlich ist, konnte weiterbestehen und durch Gewaltakte die für November 87 geplanten Wahlen verhindern. Die für die damaligen Massaker Verantwortlichen, Oberst Williams Regale und Roger Lafontant, konnten im Sommer un-

beschadet wieder aus dem Exil zurückkehren, obwohl gegen Lafontant ein Haftbefehl vorlag

Weil seine Präsidentschaftskandidatur vom »Provisorischen Wahlrat« zurückgewiesen worden war — die Verfassung von 1987 schließt Funktionäre der Diktatur für 10 Jahre von der Bewerbung um öffentliche Ämter aus —, rief Lafontant zum Boykott auf, und war fest entschlossen, einen Wahlsieg Aristides zu verhindern: "Ich werde keine kommunistische Regierung

zulassen!" Anschläge auf Wahlveranstaltungen, wie der am 5. Dezember, der 7 Tote und 54 Verletzte forderte, galten weniger der Person Aristides, als der Einschüchterung seiner potentiellen WählerInnen.

Seine politische Karriere hatte Lafontant als Medizinstudent begonnen, als er eine studentische Hilfstruppe der »Tonton Macoutes« gründete, um einen StudentInnenstreik niederzuschlagen. Als Innen- und Verteidigungsminister und Chef der »Tonton« verbot er alle Parteien, die nicht »jeanclaudistisch« waren, alle Oppositionszeitungen, ließ Tausende verhaften, ermorden und verschwinden. Er fälschte ein Referendum, das »Baby-Doc« als Präsident auf Lebenszeit mit dem Recht, seinen Nachfolger bestimmen zu können, bestätigte.

Höhe- und wohl auch Schlußpunkt seiner Aktivitäten gegen Aristide war der gescheiterte Putschversuch am 6. Jänner, bei dem er die seit März 90 amtierende Übergangspräsidentin Ertha Pascal Trouillot als Geisel nahm. Doch die Armee und das Volk stellten sich hinter Aristide und so wurde der Putsch vorerst vereitelt.

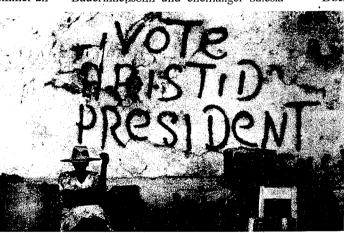
Aber wenn auch Lafontants Versuch ge-

scheitert ist, so ist dennoch die Gefahr nicht gebannt. Andere Führer der Mascoutes, wie zB Frank Romain, ehemaliger Bürgermeister der Hauptstadt Port-au-Prince und verantwortlich für das Massaker in der Don Bosco-Kirche (siehe weiter unten) oder Claude Raymond, warten nur auf ihre Chance.

DER NEUE PRÄSIDENT

Wer ist nun dieser charismatische Aristide, der in den 10 Tagen nach Bekanntgabe seiner Kandidatur die Eintragungen ins Wahlregister in die Höhe schnellen ließ?

Jean-Bertrand Aristide, unehelicher Bäuerinnensohn und ehemaliger Salesia-



nerpater, hat die feste Absicht, das ganze Land umzukrempeln. Schon während der Duvalier-Diktatur war er durch sein soziales Engagement aufgefallen und leistete einen wesentlichen Beitrag zur Mobilisierung, die zum Sturz »Baby-Docs« führte.

Bereits 5 mal entging er Attentaten und nach einem Anschlag auf "seine" Kirche »Don Bosco« vor 2 Jahren, bei dem 21 Menschen getötet wurden, mußte er untertauchen.

1987 bekam er von der katholischen Amtskirche Meßfeierverbot, 1988 wurde er aus dem Salesianerorden ausgeschlossen und kurz vor den Wahlen distanzierte sich auch die Bischofskonferenz von ihm.

Aristide hat mit seiner Devise "soziale Gerechtigkeit und Enteignung der Reichen" die Massen hinter sich: SchülerInnen und StudentInnen, Intellektuelle und Leute aus der Mittelschicht bejubeln ihn ebenso, wie die verarmten Bauern und Bäuerinnen aus der Provinz und die Menschen aus den Slums, die beim Putschversuch die Straßen mit brennenden Autoreifen absperrten, um die »Mascoutes« am weiterkommen zu hindern.

Seine Kandidatur wurde von einer breiten Koalition aus Volksbewegungen, Genossenschaften, BäuerInnenverbänden, Gewerkschaften, christlichen Basisgemeinden und DissidentInnen der Kommunstischen Partei getragen. Sein wichtigstes Prinzip ist die Paritizipation. Es sieht ganz so aus, als hätte er die ernsthafte Absicht, die Massen an der Macht teilhaben zu lassen. "Integrierte Entwicklung" statt Wirtschaftsprogramme des IWF (Internat. Währungsfonds), Reform des Justizsystems, Transparenz in der Amtsführung und Gerechtigkeit in der Verteilung der Mittel stehen auf seinem Programm.

Doch Aristide wird mit einem feindli-

chen Parlament arbeiten müssen, denn seine Plattform konnte weder für den Senat noch für die Abgeordnetenkammer genügend Kandidaten für eine Mehrheit aufstellen. Auch mit dem Boykott der Wirtschaft, die in den Händen weniger ist, muß er rechnen. Und das in einer Situation, die miserabel ist, wie noch nie: Die meisten Haushalte haben keinen Stromanschluß, Benzin ist rar, denn die Ölimporte verschlingen fast die Hälfte der Deviseneinnahnen aus dem Export. 3 von 4 Kinder leiden an Unterernährung, die häufigste

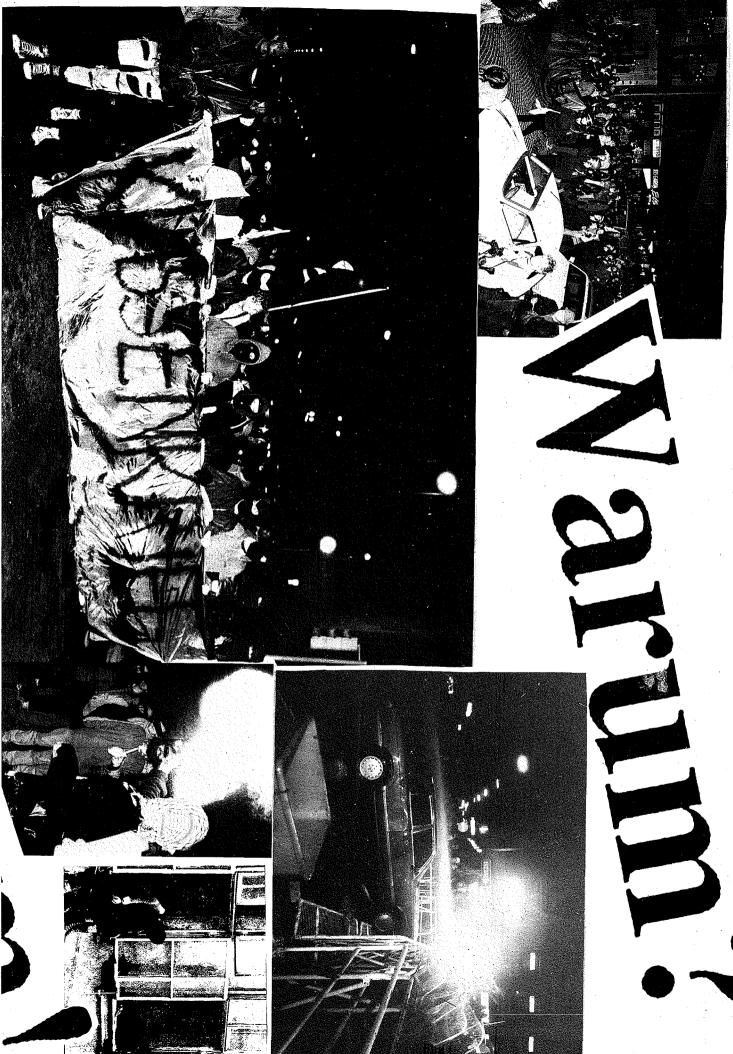
Todesursache sind Durchfallerkrankungen — als Folge der miserablen hygienischen Bedingungen. Jährlich gehen 6.000 ha fruchtbares Ackerland verloren und in 20 Jahren wird es keinen Wald mehr geben. 50.000 HaitianerInnen verlassen jährlich das Land

Der liberale Ökonom und langjährige Weltbank-Funktionär Marc Bazin, Favorit der US-Botschaft bei den Präsidentschaftswahlen, schätzt, daß das Land in den nächsten 5 Jahren 1,2 Mio Dollar brauchen wird, Er könnte sie beschaffen — Aristide hat inzwischen seine anti-amerikanischen Äußerungen gemäßigt, denn er weiß, daß er gute Beziehungen zu Washington braucht, damit das Land wirtschaftlich überleben kann.

Wie die Politik Aristides tatsächlich aussehen wird und was es vor allem für die Frauen heißen wird, von einem Mann, der sich selbst gerne mit Christus vergleicht, regiert zu werden, wird sich erst nach seinem Amtsantritt am 7. Februar, falls er ihn noch erleben sollte, weisen.

Treffpunkt: 19:00 Südtiroler Platz

7.2.1991 Opernballdemonstration



Die Zeiten, wo wir klar sagen konnten, mit denen sind wir solidarisch, und mit denen nicht, sind ein für alle mal vorbei

Golfkonflikt und Palästinafrage

Die "Palästinafrage" war in den vergangenen Monaten etwas mehr in den Mittelpunkt öffentlichen Interesses gerückt, was nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, daß Staatschef Saddam Hussein Verhandlungen über einen Rückzug aus Kuwait nie getrennt vom "Palästinaproblem" führen wollte. Dieses Eintreten für die Interessen der PalästinenserInnen führte rasch zu einer breiten Solidarisierung seitens der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und vor allem auch des palästinensischen Volkes mit dem irakischen Diktator. Doch dieses Stellung-Beziehen für die palästinensischen Ziele durch Saddam Hussein kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß Hussein Machthaber eines totalitären Regimes ist, daß u.a. bereit ist, gegen jeglichen Widerstand seitens der KurdInnen oder der irakischen Oppossition mit härtesten Mittel vorzugehen.

Und gerade diese Tatsachen, daß einerseits die PalästinenserInnen ein totalitäres Regime unterstützen und anderseits der palästinensische Befreiungskampf einer breiten Unterstützung bedarf, um ihn zum Erfolg zu verhelfen, macht eine tiefergehende Auseinandersetzung mit der palästinensischen Position zu Saddam Hussein notwendig. Deshalb nun dieses Interview.

Interview mit Amer Qadisch (PFLP) zu Saddam Hussein

Folgendes Interview mit dem offizellen Sprecher der PFLP (Volksfront zur Befreiung Palästinas)¹, Amer Qadisch ist leicht gekürzt dem AUSBRUCH (autonome Zeitung aus Freiburg, BRD) vom Dezember 90 entnommen.

"Seit Beginn der Golfkrise stellt die westliche Presse Saddam Hussein als neuen Hitler dar. Für die arabischen Massen ist er ein neuer Held, fast ein Abklatsch Nassers — wie sieht die palästinensische Führung Saddam Hussein?"

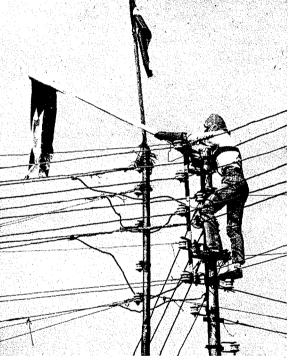
Was die Haltung der Palästinenser zu Saddam Hussein angeht, so ist es eine Haltung nicht zu seiner Person, sondern zu seiner Position in der palästinensischen Frage. Es ist ja bekannt, daß die Tragödie des palästinensischen Volkes schon seit vielen Jahren andauert, ohne daß eine Lösung gefunden wurde. Es gibt dutzende von Resolutionen nach internationalem Recht zugunsten der palästinensischen Sache, von 1947 bis heute, ohne daß auch nur eine einzige umgesetzt wurde. Es dürfte sich unterdessen auch herumgesprochen haben, daß es der erklärte US-israelische Wille ist, eine Implementierung (hier: Erfüllung der Resolutionen, Anm. des Tippers) zu verhindern. Der langjährige Kampf der Palästinenser, die Intifada, die nun fast drei Jahre dauert, die lange Reihe von Initiativen und Vorschlägen der PLO haben zu nichts anderem als zur Ablehnung und zum Schließen aller Türen vor der Chance des Friedens geführt, wieder von Seiten Tel Avivs und Washingtons. Auf der letzten Tagung, die die Friedensinitative der PLO beschloß, schlossen Genosse George Habbasch² und Bruder Yassir Arafat eine Wette ab. Die Wette ging darum, ob diese gemäßigte Politik des Nachgebens, auch nur irgend etwas bewirken würde...

(lacht) und was hat Habbasch nun gewonnen?

(lacht) na die Führung der PLO natürlich!

(wird ernst) es ist ja bekannt, daß die

PLO während der letzten zwei, drei Jahre allen Forderungen und allem Druck nachgekommen ist und eine Reihe von Zuge-



ständnissen gemacht hat, deren wichtigste Yasssir Arafat auf seiner Pressekonferenz in Genf bekanntgegeben hat; die Anerkennung Israels, der Verzicht auf Terrorismus, das Einstelllen des bewaffneten Kampfes vom Südlibanon aus und generell außerhalb der besetzten Gebiete. Trotz dieser Politik, die von den demokratischen Kräften in der PLO kritisiert wurde, und ich spreche von der PFLP selbst, geschah nichts für das palästinensische Volk. Yassir Arafat selbst machte in vielen öffentlichen Aufrufen auf die Gefahren aufmerksam, die ein kontinuierliches Zuschlagen aller Türen vor dieser gemäßigten PLO-Politik bewirken könnten. In einer der Zusammenkünfte mit Hosni Mubarak gestand er ein, daß Habbasch die Wette gewonnen hatte. In einer solchen Situation gibt es zwei Wege, seine Rechte wiederzugewinnen: gegenseitiges Verständnis und friedliche Mittel oder Krieg. Was schlägt denn eine Deutsche den Palästinensern vor, daß sie tun sollen.

Also ist die Lösung Krieg? Wer soll den Krieg denn führen — Sadam — und wer noch?

Die Kriegsoption ist nicht allzu bald zu erwarten, aber sie ist eine sehr offene Option: die ganze Welt muß verstehen, daß es keinen Frieden und keine Stabilität in der Region geben kann, solange die Palästinenser ihre legitimen Rechte, immerhin bestätigt durch die Vereinten Nationen nicht erlangt haben, auch wenn der Folgekonflikt gelöst würde.

Das heißt, daß die palästinensische Führung mit der Unterstützung Saddam Husseins nicht nur den arabischen und palästinensischen Massen folgt, sondern daß diese Position die genuine (=echte, Anm. des T.s) Position der Führung ist?

Im wesentlichen ist dies die Position der Führung, und auch der Massen. Keiner geht hier dem anderen voraus. Und zum ersten Mal seit mehreren Jahren ist die palästinensische Position in diesem Maße einheitlich, auf der offizellen Ebene und der Ebene der Massen. (.....)

Ich muß nochmal auf Saddam Hussein und seine Unterstützung durch die Palästinenser zurückkommen. Es ist manchem Linken ein Problem, daß fortschrittliche, sich als revolutionär verstehende Kräfte ein System unterstützen, daß man durchaus als eine Art faschistisches bezeichnen könnte ...

Wir unterstützen Saddam Hussein in dieser Golfkrise — wir unterstützen ihn nicht, was seine Innenpolitik im Irak betrifft. Nicht nur das: wir waren gegen seinen Krieg mit dem Iran. Vielleicht ist es nicht allgemein bekannt, daß wir Büros in Bagdad hatten, noch bevor wir welche in Damaskus hatten. Aber wir schlossen unser Hauptquartier Anfang des Jahres 1980, weil wir in vielen Fragen, hauptsächlich aber dem Irak-Iran-Krieg mit dem Irak völlig uneins waren. Bis zum letzten Besuch von George Habbasch in Bagdad und seinem Treffen mit Saddam Hussein (im September 1990, Anm. des T.) wurden unsere Büros nicht

wieder eröffnet. Man muß unterscheiden zwischen der Unterstützung für eine bestimmte Position oder einer grundsätzlichen Unterstützung. Ich möchte mich darüber nicht streiten, aber die USA, die sich so gerne als Hüter der Demokratie aufspielen, haben ausgezeichnete Beziehungen zu reaktionären, aus dem Mittelalter stammenden Regimen, beschützen sie sogar ...

Aber es besteht ein Unterschied zwischen irgendwelchen diplomatischen Beziehungen und einer wirklich starken Unterstützung durch die Massen — hat eine Führung, die sich als revolutinär versteht, nicht eine gewisse Verantwortung gegenüber den Massen? So eine massenhafte Begeisterung für einen Diktator, für einen Faschisten, wie ihn die Opposition nennt, geht doch auf Kosten fortschrittlicher Inhalte!

Die palästinensische Sache braucht die Unterstützung sogar des kleinsten Landes; wir brauchen auch die Unterstützung des Sultans von Brunei! Und was die Demokratie betrifft, so gibt es kein einziges, arabisches, demokratisches Regime — schreiben sie das! Heißt das, wir sollen überhaupt keine Beziehungen haben? Wir glauben nicht an den Export von Revolutionen. Wir glauben, daß das irakische, syrische, libanesische Volk ...

... und das kuwaitische?

Ja, natürlich, auch das kuwaitische, das saudische und die demokratischen nationalen Kräfte dafür verantwortlich sind, den nötigen demokratischen Wandel durchzusetzen. Zu den arabischen Massen — unsere Beziehungen zu den arabischen Massen werden positiv oder negativ — beeinflußt durch die Position der PLO zu den Regimen oder den demokratischen Kräften in diesen Ländern.

Wenn es Beziehungen zu einem Regime gibt, haben wir bessere Möglichkeiten, die Massen zu erreichen, als wenn unsere Präsenz verboten und illegal ist. In Ländern, wo wir verfolgt werden, haben wir keinen Einfluß. Weder unser offizelles Presseorgan noch irgendein PFLP-Mitglied kommt z.B. nach Ägypten hinein — es gibt keine Möglichkeit, unsere Meinung zu verbreiten, nichts. Wir brauchen Kontakte zu den Regimen, um mit den Massen und den demokratischen Kräften zusammmenzuarbeiten. Und natürlich sind wir doppelt unterdrückt: als palästinensische Organisation und durch den Umstand, daß alle Maßnahmen gegen das jeweilige Volk, oder die demokratischen, fortschrittlichen Kräfte, auch uns treffen.

Wie sind denn z.B. die Beziehungen zu den kurdischen Organisationen? In einer Erklärung der Europavertretung der Volksbefreiungsfront Kurdistans, ERNK, heißt es: "In diesem Krieg ist der Platz der Völker der Region weder an der Seite der Saddam-Diktaur" [noch an der Seite der USA? — hier fehlte irgendwie ein Teil des Satzes, ich hoffe das richtig ergänzt zu haben; Anm des TAT-blatt-Korrekturlesers]. Wie wäre es denn mit dieser Position?

Die historische Verbindung zwischen der kurdischen und der palästinensischen Sache ist gegeben. Zwei Nationalitäten sind von der Landkarte unserer Region gewischt worden: die palästinensische und die kurdische. Palästina wurde zwischen Israel, Jordanien und Ägypten aufgeteilt, Kurdistan zwischen dem Irak, der Türkei und dem Iran³. Wir haben dieselbe Tragödie. Zwei, die einmal im Gefängnis waren, wissen, was Gefängnis bedeutet... also dieselben Erfahrungen, dieselben Hoffnungen... Historisch und gegenwärtig gibt es einen gemeinsamen Kampf mit den Kurden. Letztes Jahr feierten wir Palästinenser das 800jährige Jubiläum der Befreiung Jerusalems von den Kreuzrittern, die unter der Führung von Salah ed Din al Ayyoubi geschah ...

und der war Kurde. Nur dass...

Ja — und im Moment haben wir gute Beziehungen zu der kurdischen Nationalbewegung, d.h. den verschiedenen Organisationen, die in der Region verstreut sind. Wir tauschen Meinungen aus, arbeiten zusammen...

Aber in diesem Falle nicht.

Auch in diesem Fall. Es ist bekannt, daß in der arabischen demokratischen nationalen Linie unterschiedliche Haltungen zur Golf-Krise zu finden sind. Es sind ja nicht nur die Kurden, auch die irakischen Kommunisten vertreten den gleichen Standpunkt wie die Kurden. Und wir haben im Arabischen ein Sprichwort, das so viel bedeutet wie "die Leute von Mekka kennen ihre Stadt besser als wir". Aber wir können unseren Standpunkt und unsere Taktik alse Palästinenser nicht an die Position oder an die Einschätzung jeder linken oder demokratischen, nationalen oder regionalen Bewegung binden. Wenn wir die Golf-Krise

aus der palästinensischen Perspektive betrachten, kommen wir zu einer anderen Taktik, als wenn sie aus der kurdischen oder irakischen Perspektive betrachten. Und von hier gibt es manchmal Widersprüche zwischen den Freunden, aber es sind objektive Widersprüche. Ich will ein Beispiel geben: Wir und die libanesische kommunistische Partei sind Genossen im Kampf und in der Strategie... aber wir gingen durch eine schwere Prüfung, nämlich dem Lagerkrieg. Wir konnten wohl auf keinen Fall der Taktik der libanesischen kommunistischen Partei zustimmen, die den Krieg der Amal gegen die Palästinenserlager als gerechtfertigt ansah 4; natürlich basierte diese Position darauf, daß die KP ihre Basis unter den schiitischen Libanesen verloren hätte, wenn sie mit den Palästinensern gewesen wäre... Für uns natürlich klar, daß wir nicht mit der Amal sein konnten, gegen unser Volk und unsere Interessen. In solchen Fällen müssen wir versuchen, unsere Beziehungen zu diesen Kräften zu erhalten, auch wenn es Widersprüche gibt.

(...) •

Fußnoten:

¹ Die Popular Front for the Liberation of Palestine wurde 1967 gegründet. Sie ist nach der al-Fatah (Vorsitzender: Yassir Arafat, Anm. des T.s) die zweitstärkste Partei innerhalb der PLO und versteht sich als marxistisch-leninistisch.

² Dr. George Habbasch ist Vorsitzender der PFLP.

³ Teile Kurdistans liegen auch in Syrien und in der Sowjetunion.

⁴ Im Sommer 1985 führte die schiitische Amal-Miliz mit syrischer Unterstützung gegen drei palästinensische Flüchtlingslager in Westbeirut den sogenannten Lagerkrieg, der im April/Juni und im Oktober 1986 erneut aufflammte und sich dann bis in den Südlibanon erstreckte. Der Krieg diente dem Ziel, die bewaffnete Präsenz der PalästinenserInnen im Libanon zu zerschla-

In Handschellen an den Golf

US-Kriegsdienstverweigerer wurden nach Saudi-Arabien geflogen

Von unserem Redaktionsmitglied Pitt von Bebenburg

FRANKFURT A.M., 4. Januar. Mehrere in der Bundesrepublik stationierte Soldaten der US-Armee, die Anträge auf Kriegsdienstverweigerung gestellt hatten, sind offenbar in den vergangenen Tagen gegen ihren Willen nach Saudi-Arabien geflogen worden. Sie seien zum Teil mit Handschellen gefesselt in Flugzeuge gebracht worden, teilte das Beratungsbüro Military Counseling Network (MCN) mit.

Die US-Streitkräfte erläuterten auf Anfrage, daß auch die Soldaten zum Dienst am Golf verpflichtet seien, die Anträge auf Kriegsdienstverweigerung gestellt haben. "Wenn ein Verweigerer nicht nach Saudi-Arabien gehen will, dann hat der Kommandeur das Recht, ihn zu verhaften", erläuterte der Sprecher des V. Corps, Dick Bridges, der FR.

André Stoner vom MCN berichtete von dem Fall des Sanitäters Derrick Jones, der am 17. Dezember seinen Antrag eingereicht habe. Am Mittwoch dieser Woche habe der untergetauchte Soldat von seinem Vorgesetzten in Friedberg telefonisch die Zusage bekommen: "Kein Problem, Du wirst nicht fliegen!" Daraufhin habe sich Jones am Nachmittag mit seinem Anwalt bei seiner Einheit gemeldet, sei sofort festgenommen und zum Flughafen gebracht worden. Von dort sei er noch am selben Abend abgeflogen.

Gegen ihren Willen an den Golf geflogen wurden nach Informationen des MCN auch der zuvor in Aschaffenburg stationierte Arzt der US-Armee, David Owen Carson, und der Sanitäter Bryan Centa, der in Mainz gedient habe.

Nach Informationen der Deutschen Friedensgesellschaft DFG/VK ist die Ehefrau eines US-Soldaten von Militärpolizisten unter Druck gesetzt worden, nachdem sie sich über Möglichkeiten zur Kriegsdienstverweigerung erkundigt hatte. Ihr sei mit einer Hausdurchsuchung sowie mit Repressalien gegen ihren inzwischen in Saudi-Arabien stationierten Mann gedroht worden.

Tödlicher Nazi-Terror in Göttingen

Nachdem vor etwas mehr als einem Jahr die Antifaschistin Conny Wessmann nach Auseinandersetzungen mit Skinheads und dem darauf folgenden Polizeieinsatz vor ein Auto getrieben und getötet worden war forderten die Nazi-Umtriebe in Göttingen (BRD) nun ein weiteres Todesopfer.

(TATblatt Wien, taz)

Begonnen hatte alles aus einem für die Silvesternacht fast gewöhnlichen Anlaß. Der 21jährige Alexander S. war mit einer Gruppe Rechtsradikaler in Streit geraten, weil diese Feuerwerkskörper von ihrer Silvesterparty auf den Balkon der Eltern des späteren Opfers warfen. Dann aber beschlossen zwei 17jährige Skinheads aus dieser Gruppe "einen Linken aufzumischen". Auf offener Straße wurde Alexander S. zusammengeschlagen und mit mehreren Messerstichen verletzt, denen er zwei Stunden später erlag.

Wenn im Falle der Ermordung Alexander S.s. auch der direkte politische Zusammenhang (wie z.B. bei Conny W.) fehlt, so ist die Tat doch alles andere als ein "Zufall". Vielmehr ist von Glück zu sprechen, daß es bei den immer häufiger werdenden Übergriffen von Neonazis nicht schon mehr Tote gegeben hat. Der Terror hat Methode.

Am Samstag den 5. Jänner kam es des-

halb zu einer Demonstration in Göttingen gegen Neonazis und rechtsextremistischer Gewalt. Mehr als 5.000 Menschen gingen dazu auf die Straße. Die Polizei unterstrich ihre politische Stoßrichtung, indem sie aus Anlaß der Demonstration, Kräfte aus ganz Niedersachsen zusammenzog. Als sie sich anschickte entlang der Demonstration "Spalier" zu laufen, kam es zu Rangelein. Nach längeren Verhandlungen wurde die Polizei aber zum Zurückweichen gebracht.

Viele Fäden neofaschistischer Politik laufen über einen Mann: Karl POLACEK, 56, Landesvorsitzender der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei, FAP.

Polacek, der sich selbst erst im März 89 wegen schwerer Körperverletzung zu ver-

antworten hatte, beherbergte in seinem stacheldrahtbewehrtem Haus in Mackenode bei Göttingen lange Zeit den wegen versuchten Totschlags an einem libanesischen Asylbewerber gesuchten Thorsten Heise. Heise, der als "Stellvertreter" Polaceks aufgebaut hätte werden sollen, ist inzwischen untergetaucht. Auch der wegen des Mordes an Alexander S. hauptbeschuldigte Oliver Simon, 17, war bei Polacek ein und aus gegangen.

Mittlerweile prüft das niedersächsische Innenministerium ob Karl Polacek, der nicht deutscher Staatsbürger ist, nach dem Ausländergesetz ausgewiesen werden kann. Er habe sich bei der Verfolgung politischer Ziele an Gewalttätigkeiten beteiligt und öffentlich zur Gewaltanwendung aufgerufen.

Karl Polacek ist österreichischer Staatsbürger ...●

Die Hafenstraße und ihre Räumung

(TATblatt Wien)

Es geht wieder los. Am Montag den 7. Jänner wurden per Urteil die Abrißgenehmigungen für die besetzten Häuser in der Hamburger Hafenstraße erteilt. Die neuesten Pläne des Hamburger Senats sehen vor, Sozialwohnungen zu errichten, da es auch in Hamburg an Wohnraum mangelt. Dabei wird geflissentlich übersehen, daß die besetzten Häuser—wie es die taz ausdrückt—äußerst intensiv bewohnt werden, also mehr Menschen beherbergen als es bei "normalen" Mietshäusern sein könnte. Aber natürlich ist die allgemeine Wohnungsnot weder der einzige noch der entscheidende Grund, gerade die befreiten Häuser schleifen zu lassen.

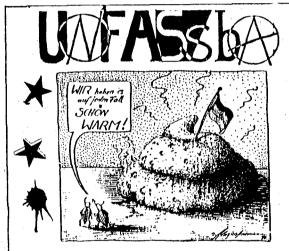
Durchgezogen wurde die Abrißgenehmigung auf Grundlage eines ursprünglichen Bebauungsplanes, der eine Büro-Skyline á la New York vorsah.

So sind die Häuser nach den Urteilen ab sofort von der Räumung bedroht. Die Stimmung dazu wurde in den letzten Monaten systematisch aufgeheizt, indem die Hafenstraße wiederholt als RAF-Stützpunkt und Bombenfabrik dargestellt wurde (siehe Erklärung der RAF in TATblatt minus 60). Noch zögert aber Bürgermeister Voscherau, der sich zur Zeit damit zufrieden zeigt, daß "das Projekt nicht mehr in dem Stadium ist, in dem ich es übernommen habe." (Im März stehen in Hamburg Wahlen an.)

Dazu beigetragen haben dürfte auch die Demonstration, die noch am Montag abend mit 2000 Menschen durch St.Pauli zog: "Bürgermeister kommen und gehen — Hafenstraße bleibt bestehen."

Zur Situation in Berlin

gibt's leider nur sehr spärliche Informationen. Am 3. Jänner wurden in Friedrichshain weitere drei Häuser geräumt. Die neue CDU/SPD-Regierung bleibt ganz auf der "Berliner Linie": Einzelverhandlungen über beschissene Verträge oder Räumung. Wenn Häuser nach dem 3. Oktober 1990 besetzt wurden, sollen sie auf jeden Fal geräumt werden. Über die Reaktionen und Perspektiven der BewohnerInnen mehr dann hoffentlich in den nächsten Nummern.



UNFASSBA NR. 5 IST DA! andere über uns:

"(der) Inhalt gefährdet das Ziel des Vollzugs und die Sicherheit und Ordnung der Anstalt,§68 Abs.2 Strafvollzugsgesetz. (...) Negative Berichterstattung sowie beleidigende Bezeichnungen von ausführenden Organen lassen den Schluß zu, daß Staatsmacht willkürlich eingesetzt und somit auch mißbraucht wird. Anarchie wird verherrlicht, zum Widerstand wird aufgerufen, was sich sicherlich nicht positiv auf die Erreichung des Vollzugszieles auswirkt (...)" Bestellen bei: UNFI c/o Umwälzzentrum, Scharnhorststr. 57,D-4400 Münster. Preis: 3,80 DM in Briefmarken,ABO (= 5 Nrn.) = 15 Piepen. WiederverkäuferInnen: 4 Stck. = 10 Doofmark. Alles nur bar & im voraus. Knastexemplare frei. Themen Nr.5/Jan./Feb.91: Totale KDV, Staatsterror, Golfkrieg, Anarchafeminismus, Knastrevolten, Antifa, Atomkraft? NEE! Knastrevolten, Häuserkampf,...

"Waffen" für die DDR

(Autonome Antifa Frankfurt/Oder)

Der Aufruf "Waffen für El Salvador" ist ja hinlänglich bekannt, und es wird schon seit Jahren Solidarität mit dem nach Freiheit strebenden salvadorianischen Volk geübt. Mensch ist bereit und spendet Geld und Sachen an ein Volk, das tausende Kilometer entfernt lebt, was natürlich in Ordnung geht. Denn dort sind die Menschen ständig den Aggressionen faschistoider Militärs ausgesetzt, und ständig wird dort ihr Leben bedroht.

Warum nun dieses Flugblatt?

Ein "Land" bzw. eine Stadt entwickelt sich nach rechts!!

Irgendwo in der Welt gewinnt "Doitschland" die Fußball-WM und im kleinen Städtchen Frankfurt(Oder) bekommen Bierbäuche wieder mal den National-

- knapp 300 dieser Typen (unter ihnen ca. 50 Neonazis) beenden ihren Fernsehabend mit einer Kraftprobe vorm "Alternativen Kultur-Wohnprojekt JETZT" in Frankfurt/Oder, versuchen es zu stürmen. Die Leute im Haus signalisieren "gefechtsbereit", verhindern schlimmeres, naja und die paar Bullen stehen blöd rum.
- der große Auftakt und nun schon wöchentlich kleine Zusammenstöße mit Faschos, begleitet durch Brandanschläge und Überfälle aufs "JETZT". Der Haß wird stärker, Skrupel verschwinden.
- Hardcore Konzert im "JETZT" (das erste richtige Konzert), doch eine Handvoll Faschos schmuggeln sich ins "JETZT", werden erkannt und rausgeschmissen; wenig später, die erste Band ist fast vorbei: Faschoüberfall, ca. 40 Rechte (vorwiegend Faschoskins) versuchen das "JETZT" zu stürmen - Steine, Mollis, Pyros - doch, oh staune, die Bullen, halbwegs fit, knüppeln den Faschohaufen auseinander. Das Kon-

zert mußte jedoch abgebrochen werden.

Die Aggression wächst stetig.

- weiterhin Zusammenstöße und Verletzte (Punk wird die Schulter zerschlagen).

- Fußballspiel FCV gegen Dresden, ca. 300 Faschoskins sind in der Stadt, machen Randale, schlagen eine PDS-Kundgebung

auf, eine neue Oualität des Faschoterrors kündigt sich an. Skinheads und Faschos aus Berlin und Bezirk Frankfurt/Oder treffen sich in unserer Stadt.

- 3. Oktober, Überfälle auf polnische Autos, Faschos provozieren' am "JETZT", werden mit

Farbeiern und Steinen vertrieben

- das "JETZT" zerfällt Ursache: Alkohol, Haß, Aggression, Leute springen ab, trotzdem weiter, Arbeit in der Gruppe (Kultur noch nie viel praktiziert; wird gestrichen, Antifa ist angesagt, es geht ums Überleben).

- dafür besetzen die Faschos zum zweiten mal ein

- das "JETZT" ist tot; und unsere Gruppe weicht in "unser" Mietshaus (mehrere Wohngemeinschaften, wenige Normalmieter, leerstehende Wohnungen) aus.

- der Terror geht weiter, aber jetzt auf

unsere Mietswohnungen und Schlag auf Schlag, Woche für Woche.

Immer das gleiche Schema: eingerammte Haustüren, Schiesserei im Hausflur (mit CS-Gaspistolen), Steine fliegen in die Fenster, Pyros und das alles gegen 2 Uhr früh, ausschlafen ist unmöglich. Was tun die Bullen -NICHTS. Nehmen einen fest (Sorte Bierprollfascho) und lassen ihn wieder laufen, keine Anzeige nichts.

- Psychische Spannung wächst, die ersten resignieren, werden ausziehen, unsere finanziellen Mittel sind erschöpft, die Kosten für Tür- und Wohnungssicherung bzw. Widerstandsmaterial fressen uns auf, die Schäden wollen repariert sein.

- doch nicht nur unsere WG's sind dran,

einer Antifaschistin wird auf offener Straße die Schulter zerkloppt, Kumpels von uns niedergeschlagen, aus Autos heraus wird auf uns geschossen (mit CS-Gas).

So wie uns, geht es vielen Antifagruppen - Antifas in der

gesammten ehemaligen DDR. Daß wir ohne eure Solidarität bzw. Spenden auskommen würden, wäre reine Selbstüberschätzung und wahrscheinlich unser "Untergang". Darum helft uns in unserem Antifaschistischen Kampf! Überlassen wir den Nazis nicht diese Stadt - keine Stadt!!

Gebraucht werden: Geld, "Waffen", Infomaterial, Antifaplakate, Farbspray, Feuerlöscher, Ideen und natürlich eure persönliche Solidarität (schreibt uns, kommt vorbei).!!!

Spenden, Postsendungen an: C. Fischer, Grüner-Weg 16, 1200 Frankfurt/Oder oder aufs TATblattkonto (P.S.K. 7547 212) mit dem Vermerk "Frankfurt/Oder" oder so.

Wir hoffen auf eure Solidarität, DANKE! Autonome Antifa Frankfurt/Oder

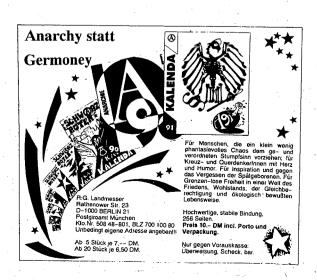


DDR - Schmalspurbahnen am Ende?

(AK öffentlicher Verkehr)

Nach der politischen Auflösung der DDR sollen jetzt nach westlichem Vorbild die Nebenbahnen, vor allem die Schmalspurbahnen, dort Kleinbahnen genannt, inbesondere in Sachsen für den BRD-Auto(bus)-Kapitalismus geopfert werden! Es handelt sich hier um die Strecken Zittau-Olbyn/Jonsdorf, Radebeull-Radeburg, Freital-Kippsdorf, Cranzahl-Oberwiesenthal, sowie Oschatz-Mügeln (letzere nur Güterverkehr) Für die Normalspurbahnlinien Cranzahl-Bärenstein sowie Crottendorf -Schlettau wurde die geplante Einstellung am 1.1.91. bis auf weiteres aufgeschoben!!

Die Deutsche Reichsbahn betreibt diese Strecken (ausser den Normalspurstrecken) aussschließlich mit den guten alten Dampfloks! Bis zuletzt wollte man sich neue Dampfloks aus der Schweiz beschaffen.



Italien:

Anschläge gegen Roma und AsylantInnen

Die Probleme der Roma sind in Italien wie auch bei uns ein wenig diskutiertes Thema. Folgender tragischer Vorfall knapp vor den "Festtagen" brachte die Roma ein wenig ins Bewußtsein der ItalienerInnen, oder zumindest der BolognesInnen, oder zumindest einiger von ihnen:

(TATblatt-Wien)

Am 23.12 fuhren zwei Wagen in einer Romasiedlung am Rande Bolognas vor. Zwei oder drei Männer verließen die Fahrzeuge und erschossen ohne viel zu zögern eine Frau, die ihnen zuvor noch anbot, sich am offenen Feuer zu wärmen. Kurz danach ereilt einen Mann dasselbe Schicksal, zwei weitere Roma (unter ihnen ein kleines Kind) blieben schwerverletzt zurück. Die Täter konnten entkommen.

Bereits am 10.12 kam es zu einem ähnli-



chen Vorfall. Damals wurden 7 Roma von Unbekannten mit Schußwaffen z.T. schwer verletzt. Da auch damals die - wie meist viel zu spät eintreffende Polizei keine Erfolge erziehlen konnte, wird auch diesmal nicht viel Hoffnung in die Nachforschungen gesetzt. Noch dazu wird in Polizeikreisen davon ausgegangen, daß es sich um eine Abrechnung handelt: ZigeunerInnen gegen ZigeunerInnen. Es könnte sich um die Antwort auf den Überfall auf ein anderes Lager einige Tage zuvor gehandelt haben. Die Zeugen des Vorfalls bestreiten das. "Das waren eiskalte Killer. Wir lieben und wir hassen, wie alle Menschen, aber wir kennen das Wort "Vendetta" (Rache) nicht."

ERSTE KONSEQUENZEN

Die ungefähr 300 im Lager lebenden Menschen waren nach dem Überfall geschockt. 100 von ihnen (Jugoslawische StaatsbürgerInnen) zogen es vor noch am selben Tag ihre Sachen zu packen, und abzureisen — Richtung "Heimat" Jugoslawien, wo sie sich nicht nur vor rassistischen Ausschreitungen sicherer fühlen, sondern ganz allgemein eine Verbesserung ihrer Situation erwarten; denn die Liste der Ermordeten und Verletzten wird ergänzt durch die Erfrorenen und Kranken, die die unhaltbaren Zustände auch in einem nicht allzu strengen Winter fordern.

Dabei wurden in Italien schon vor Jahren Gesetzte geschaffen, um für die "Nomadi", wie sie genannt werden, die Grund-

lagen für ihre Art zu leben zu schaffen. Gesetze, die in Österreich nicht einmal zur Diskussion stehen: den Gemeinden wurde es auferlegt, geeignete Orte bereitzustellen, wo denen sich die "Umherziehenden", niederlassen könnten. Zumindest Trinkwasser, elektrisches Licht und sanitäre Einrichtungen sollten dort zur Verfügung stehen. Auch das Geld für diese Projekte war bereits budgetiert. Dennoch blieb das ganze nur ein Plan. Die rassistischen Einwände der Bevölkerung gegen "Zigeunerlager" in

ihrer unmittelbaren Wohnumgebung mußten dabei eher als Ausflüchte herhalten, als daß sie wirklich ein Problem dargestellt hätten. Die Projekte und Planungen verschwanden einfach im bürokratischen Wirrwarr, und wohin das Geld ging, wird wahrscheinlich auch

nie geklärt werden.

DIE LAGER

So mußten und müssen die Roma ihre Camps weiterhin auf ehemaligen Abfalldeponien aufschlagen, oder provisorisch zwischen den Hochhäusern an der Peripherie der großen Städte — ohne Wasser, ohne Licht, ohne Wärme in Behausungen aus Karton. Offenes Feuer, Kerzenlicht und dazu Kartonbehausungen und das Fehlen von Löschwasser: allein im Dezember starben (unabhängig voneinander) zwei Kinder in solcherart entstandenen Bränden (17.12. in Turin und am 26.12. in Cagliari). Zur tristen Wohnsituation kommt noch die hoffnungslose Situation am Arbeitsmarkt, und der immer offener ausgetragene Rassismus.

ANGRIFFE AN DER TAGESORDNUNG

"Wir leben hier seit zwei Jahren, und haben nie Probleme mit der Bevölkerung gehabt. Aber jetzt haben wir Angst.", erzählt eine Bewohnerin eines Camps in der Nähe Udines. Eine Nacht zuvor (am 4.1.1991) hatten Unbekannte das Lager angegriffen und auf einen Wohnwagen Schüsse abgegeben. Noch am selben Tag flohen die Roma, um sich an anderen Orten der Provinz Udine niederzulassen. Bereits Tage zuvor war in Rom eine Siedlung der Roma angegriffen worden — zwei Wohnwägen gingen durch einen Brandsatz in Flammen auf und brannten vollständig aus. Dazu kommen noch die Toten und Schwerver-

letzten Bolognas. Die Attacken auf AsylantInnen und Einwanderer sind eine Parallelerscheinung: Brandanschläge auf AsylantInnennheime in Bologna und Rom (18.12.+20.12.), ein tot aufgefundener Tunesier (5.12) und zwei durch Schüsse verletzte Marokkaner (22.12) in Bologna, ein durch einen Brandanschlag vollständig ausgebrannter integrativer Kindergarten in Rom,... Die Liste scheint endlos. Die Polizei und die öffentliche Stellen basteln an einer Hypothese: Revierkämpfe unter Fensterputzern, Abrechnungen, Drogenkriminalität, und eventuell spontan ausbrechender Rassismus, Fremdenangst. An organisierte Gruppen wird bei der Polizei nicht geglaubt, obwohl einige Indizien dafür sprechen, und so wurden bis jetzt keine Täter gefunden.

Nach den Toten von Bologna fand eine — wenn auch zuerst zögernde — dann doch immer breiter werdende Solidarisierung mit den Roma statt. Auch die Stadtpolitiker mußten — ebenso zögernd — mitziehen, und setzten erste Schritte zur Einrichtung der geplanten Einrichtungen.

3 TOTE POLIZISTEN

So wurden auch die Polizeistreifen in der Nähe von Siedlungen der Roma, sowie in Stadtteilen, in denen AsylantInnen untergebracht sind, verstärkt. Letzten Sonntag wurde so eine Streife in Bologna von drei Unbekannten auf offener Straße angegriffen. Alle drei Polizisten wurden erschossen. Obwohl bestritten wurde, daß irgendein Zusammenhang mit den Vorfällen im nahegelegenen Romacamp bestünde, breitete sich sowohl bei den Roma als auch in der nahegelegenen Schule, in der ca. 300 AsylantInnen leben, Panik aus. Schon einmal (18.9.90) war die Unterkunft mit einem Molotov-Cherosin Brandsatz angegriffen worden. Und so wurde auch diesmal befürchtet, daß die Killer sich in Wirklichkeit Ruhe von der Polizei schaffen wollten, um AusländerInnen und Roma aus dem Viertel zu vertreiben.

Auch die in den Redaktionen der Zeitungen einlangenden BekennerInnenschreiben tragen ihren Teil zu den Befürchtungen bei: immer werden faschsitische und rassistische Motive genannt — und immer wird mit weiteren Angriffen auf Camps der Roma und Einrichtungen für EinwanderInnen gedroht. Die Erfolglosigkeit (die vielleicht ihre ganz konkreten Ursachen im Polzei- und Justizapparat selbst hat) von Polizei und Justizläßt die Betroffenen zu Selbsthilfe greifen: jüngst tauchten Gerüchte über Pläne zur autonomen Verteidigung von Einwanderern auf.

TATblatt VolxVERzählungs

Ecke

Neuauflage des Volkszählungs-Readers erschienen.

(TATbiatt-Wien)

Die Freude über das Erscheinen der überarbeiteten und erweiterten Neuauflage des "Volkszählungsreaders" wird allerdings beim ersten Durchblättern schon auf Seite 7 gehörig getrübt. Der ganz und gar unkommentierte Abdruck sexistischer Illustrationen aus dem "Stern"

wirft - gelinde gesagt - einige Fragen auf.

Da wir allerdings davon ausgehen, daß die Auswahl der sexistischen Bilder nicht das Produkt eines gemeinsamen Entscheidungsprozesses des Redaktionskollektivs des Readers gewesen sein kann, und wohl kaum die Zustimmung der beteiligten AutorInnen gefunden hätte, und wir weiter davon ausgehen, daß das in besagtem Reader veröffentlichte Informations-Material nirgendwo anders so gut textlich aufgearbeitet ist, und wir die Verbreitung der Texte als überaus wichtig einschätzen, beschlossen wir, uns

dennoch, wie vorge Broschüren - denen wir allerdings eine kurze Stellungnahme beifügen werden zu beteiligen.

Wie schon die erste Auflage, beinhaltet der neue Reader einen historischen G Überblick Volkszählungen, alle VZ-bezüglichen Gesetze, alle Zählungsbögen, und einiges andere.

Hinzugekommen ist vor allem ein ausführlicher Artikel, der sich ganz konkret und detailliert mit der bevorstehenden Volkszählung in Österreich und dessen Abwicklung befaßt.

Der neue "Volkszählungsreader", unter dem neuen Namen "Volks-Ver-Zählung - Schnüffelei statt Demokratie" ist somit ab sofort gegen Vorausbezahlung von S 100, - (90, - plus Porto) bei uns bestellbar. Außerdem ist er in den

meisten Buchhandlungen, wo auch das TATblatt aufliegt (siehe letzte Seite) zum Preis von S 90, - erhältlich.

Zum Preis von S 100,-ist er auch direkt bei der Herausgeberin des Readers (Initiative Informatik-Betroffener; Postfach 168 in 1015 Wien) zu beziehen.

habt, am Vertrieb der W ●ANTI-VZ-INFO-VERANSTALTUNG:

Fr., 25. Jänner; 19 Uhr; Chuzpe; Wien 9, Marktg. 21 (bei dieser Gelegenheit wird dort auch gleich mal das 1. Anti-VZ-Büro eröffnet!!!

● NÄCHSTES ANTI-VZ-PLENUM: Mo., 28. Jänner; 19 Uhr; Amerlinghaus; Wien7, Stiftg. 8

<u>•VOLXVERZÄHLUNGSTREFFEN</u>

Di., 22. Jänner; OH; Graz, Schubertstr. 2-4; Zi. 5

Auszug aus dem neuen Volkszählungsreader:

ENDE EINER SERIE

In den meisten der letzten Volkszählungsekken in den letzten TATblättern haben wir Auszüge aus einem sehr umfangreichen Artikel über Volkszählungen von Othmar Brigar gebracht. Allerdings standen und stehen wir vor dem Problem, daß uns die Auswahl der wichtigsten Stellen nicht unbedingt so ganz optimal gelungen ist, und das ganze ziemlich unbrauchbar und langweilig geworden ist. Wir ziehen daher den Schluß, daß sich nicht ein jeder Artikel, und sei er auch noch so gut und informativ, einfach so mir-nix-dir-nix in eine Zeitungsserie umwandeln läßt. Würden wir ihn hingegen auf einmal und alser ganzer abdrucken, würde der Platz eines ganzen TATblattes nicht ausreichen. Würden wir den gesamten Artikel vollständig, nur eben in kleinen Portionen abdrucken, so wären wir auch zwei Jahre nach der Volkszählung damit noch nicht fertig, und hätten obendrein den Verdacht, daß keineR mehr mitliest.

Aus diesem Grund empfehlen wir allen Interessierten, den - wirklich empfehlenswerten -Artikel im Volkszählungsreader nachzulesen, und machen vorerst mal Schluß mit der Serie.

LESERINNENBRIEF

Liebes TATblatt-Kollektiv!

In der letzten Ausgabe steht, daß es höchstwahrscheinlich (eh klar) zu keinem großen VZ-Boykott kommt.

So weit so gut. Das liegt meiner Meinung nach daran, daß mensch nicht weiß, was eine Volkszählung ist. Der Großteil der Bevölkerung glaubt doch, durch mündliche Erklärungen wird sich das wohl auch nicht ändern.

Wie wärs mit Flugis? (...)

Antwort der Tb-VZ-Ecke:

Das finden wir 100%ig richtig. Woran es bisher gescheitert ist, war, daß einfach keineR Flugis

gemacht hat. Es ist sicherlich auch sehr schwer, in ganz wenigen Sätzen die Volkszählung so zu erklären, daß klar rüberkommt, warum sie so ein Wahn-

Eine gute vierseitige Flugi-Vorlage (mit praktischen Hinweisen) gibt es von der Initiative Informatikbetroffener. Sie haben daß einfach "gezählt wird." Nur nur kein Geld, dieses Flugi massenhaft herzustellen. Einzelne Exemplare, etwa als Vorlage für eigene Flugis, können bei ihnen aber zum Preis von S 2,- plus S 5,— bestellt werden (1015 Wien, Postfach 168)

Leute! Werdet aktiv! Bildet Banden! Macht Flugis!

Wie funktioniert der Belegleser des ÖStZ?

Das ÖStZ verwendet zum Einlesen der Fragebogen in den Computer einen IBM 1288 Belegleser, mit dem schon die Volkszählung 1971 bewältigt wurde. Dabei tastet ein Lichtstrahl die Markierungskästchen und Ziffernkästchen ab und registriert alle Schwärzungen.

Viele Arten von Kugelschreibern, Filzstiften und Tintenschreibern führen zu Lesefehlern und sollten daher möglichst nicht verwendet werden. Der Hauptnachteil der Verwendung von Kugelschreibern ist jedoch, daß im Falle einer Korrektur durch den Zähler, die Gemeinde oder das ÖStZ kein Ausradieren möglich ist und das ganze Blatt neu geschrieben werden muß.

Bei der Ausfüllung sollte man die Blätter nicht übereinanderlegen, um ein "Durchschreiben" zu verhindern. Auch verschmutzte, schlecht radierte oder gefaltete Blätter führen leicht zu irrtumlichem Lesen von Markierungen, wo keine sind.

- Striche dürfen nicht über den Rand des Markierungskästchens hinausgehen, weil sie sonst die Lesung der ganzen Kästchenreihe stören! Eingerissene und geknickte Blätter wiederum bleiben leicht im Belegleser stecken.
- Markierungskreuze, die nicht durch die Mitte des grünen Kästchens gehen, also außerhalb des weißen Kreuzes liegen, können nicht gelesen werden
- zarte Bleistift- oder Kugelschreiberkreuze können nicht

gelesen werden

- bei Verschmutzung der Steuermarken (kurze, schwarze Striche rechts neben dem Markierungskästchen) können ordnungsgemäß eingetragene Markierungskreuze nicht erkannt werden
- eine Verschmutzung des Markierungskästchens kann als Markierung gelesen werden

Fälschlicherweise gelesene Markierungen werden nur zum Teil und dann erst bei der automatischen Plausibilitätskontrolle erkannt und veranlassen eine zeitraubende Einsicht in das Urmaterial.

Weiters ist zu beachten:

- bei Beschädigung der linken und oberen Blattkante, sowie bei zerknitterten Blättern kann das Erhebungsblatt im Gerät
- bei Verschmutzung der Orientierungsmarke (das dicke, schwarze, oben offene Rechteck) ist das Blatt unlesbar

In diesen Fällen stoppt die Maschine. Das Erhebungsblatt muß heraus genommen und neu geschrieben werden. Da die Reihenfolge der Erhebungsblätter nicht gestört werden darf, kann der Belegleser erst wieder in Gang gesetzt werden, wenn das neugeschriebene Erhebungsblatt eingelegt worden ist.

KEIN HAUS AM FRIEDRICH-ENGELS-PLATZ

Eile mit Weile von E.Z. Nowak

Ein kalter Wind weht durch den Gang und leichtfüßige Schritte dröhnen durch diese bewegte Luft während unsere GenossInnen regungslos hinter einer Tür stehen und dem weiteren Lauf der Dinge harren. Sie haben sich rasch mal alle an den Händen genommen; sich gegenseitig anzuschauen wagen sie im Moment allerdings nicht. Der Blick in die schreckensbleichen Gesichter der FreundInnen könnte vielleicht zu entmutigend werden. Vielmehr haften ihre Blicke alle an dieser offenen Tür, die in den Hausgang hinausführt, der in immer gleichbleibenden Abständen kurz im Scheine einer sich um die eigene Achse drehenden blauen Lichtquelle aufflackert. Die Schatten der beiden Beamten, die, schnellen aber irgendwie nicht gerade zielgerichteten, weil orientierungslosen, Schrittes durch den Gang schlendern können sie im Augenblick gerade nicht ausma-

"Scheiße!", denkt sich Konrad.

"Oh, Nein!", denkt sich Isabella. "Oh, Nein!", denkt sich auch Anna, die ja nicht weiß, daß sich das ohnehin auch gerade Isabella gedacht hatte.

Mathias ist im Augenblick mit einer kleinen Kreislaufschwäche beschäftigt, die ihn konsequent immer im ungünstigsten Zeitpunkt heimsucht, und sich gerade durch hunderttausend Sternchen in seinem Blickfeld, die ihn jegliche Sicht auf die – allerdings ohnehin nicht gerade vielversprechende - Realität verstellen, ausdrückt.

Hedda versucht Ruhe zu bewahren und den Kopf von störenden Panik-Gedanken freizuhalten, um im richtigen Moment richtig reagieren zu können, damit letzten Endes vielleicht doch noch alles gut ausgeht.

Die Beamten, die alarmiert durch irgendeinen Hinweis aus der Bevölkerung zu diesem leerstehenden Haus gerast sind, sodenn aus ihrer Funkstreife sprangen, mit gezogenen Faustfeuerwaffen das offene Haustor stürmten und in schlechtester Krimi-Manier ohne zu schauen in den Hausgang liefen, sind nun am Ende des Ganges angelangt und wissen vorderhand einmal vorübergehend nicht weiter. Von dem Gang führen insgesamt drei Wege'weg. Die Beamten werfen sich gegenseitig einen Blick zu, mit dem sie aber nicht allzuviel anzufangen wissen, weshalb der eine nun zum anderen sagt: "Und - was jetzt?"

Der andere überlegt kurz, und meint dann, mit gar nicht befehlsmäßig klingender, ja fast menschlich anmutender, Stimme: "Schauma halt mal da!"

Durch ein Tor, dessen Flügel wohl schon seit Jahren ausgehängt sind, kommen die braven Staatsdiener auf einen weiteren Gang, dessen Fenster linkerhand auf einen von meterhohen Gestrüppen - ja Dornenhecken - überwucherten Hof führen.

"Hallo? Is da jemand?" ruft schließlich einer der Beamten, um sich unnötige Wege in dem unwirtlichen Haus zu ersparen. "Hallo!", versucht er kurz darauf, seinem Wort mehr Nachdruck zu verleihen.

"Die dürften hinten in den anderen Gang reingangen sein.", analysiert Hedda die hallenden Rufe, die gerade eben auf ihrem Weg durch das Haus an ihr Ohr gedrungen sind.

"Des is unser Chance! Nix wie weg!", meint Isabella und reißt sich auch schon von den anderen los um kurzerhand loszurennen.

"Ned sei deppart! Bleib da! Halt!" ruft Konrad in stimmlosen Zischlauten. In genau solchen Zischlauten, die immer als ganz besonders leise verstanden werden wollen, unabhängig davon, wie laut sie eigentlich in Wirklichkeit sind.

Kaum hat Konrad ausgezischt, springt er Isabella auch schon nach. Erstens, weil sie schon soweit auf den Gang hinausgelaufen ist, daß ein Umkehren nicht mehr in Frage kommt, zweitens, weil es vielleicht ohnehin keine so schlechte Idee gewesen sein mag, gerade jetzt wegzulaufen.

Den anderen GenossInnen bleibt keine Zeit mehr, jetzt noch groß über Sinn oder Unsinn dieser Hals-über-Kopf-Flucht nachzudenken. Nur Mathias zischelt noch ein verwirrtes .. Was is los jetzt? Was soll des?" und hängt dann noch ein ausschließlich an sich selbst gerichtetes "Oh du Scheiße" an, mit dem er sich quasi versichert, daß wenigstens er selber nun seine Verwirrtheit und Mutlosigkeit mit sich teilt.

Wie auch immer: In Sekundenschnelle springen alle GenossInnen hintereinander aus dem Tor auf den Gang, rennen den Gang entlang zum Haustor, drängen sich an dem davor stehenden leeren Funkstreifenwagen der Polizei vorbei und laufen die Straße hinunter - nichts wie weg.

"Hast des g'hört?" fragt der eine Polizist, der das eben gehört hat, seinen Kollegen, der das offenbar auch gehört hat und schon im nächsten Augenblick ohne auch nur ein einziges Wort zu verlieren auf den Gang läuft. Im letzten Augenblick gelingt es ihm noch, gerade den letzten Zipfel einer schwarzen Jacke zu erkennen, wie sie gerade für immer in die Anonymität der Großstadt draußen vor dem Tore verschwindet.

Nach einer kurzen Sekunde, die dazu genutzt wird, zumindestens die notwendigsten Gedanken notdürftigst zu fassen, folgen die Polizisten unseren revolutionären GenossInnen nun auf die Stra-Be hinaus. Sie sehen gerade noch, daß es mehrere Personen sind, die da jetzt allesamt mehr oder weniger dunkel gekleidet in Richtung Donaukanal laufen.

Einer der Beamten versucht, der Gruppe gar noch zu folgen.

"Stehenbleiben, Polizei!" ruft er wild entschlossen, und fuchtelt dabei mit seiner Waffe in der kalten Winterluft herum. Dann kommt er seiner eigenen Aufforderung aber lieber selbst nach und bleibt stehen. Merkbar verärgert - aber nicht allzusehr, schließlich ist das ja sein Beruf, und was wird einem schon geschenkt, heutzutage geht er zum Funkstreifenwagen zurück. Dort unterhält sich sein Kollege bereits mit seinem Funkgerät, dem er die wichtigsten Beobachtungen mitteilt, und dafür erfährt, daß sofort ein paar ektorwagen von der Alarmabteilung zur Verstärkung kommen werden, um den Bezirk zu durchstreifen, auf daß die gesuchten Verbreche-rInnen ihrer ungerechten Strafe zugeführt werden können.

"Auseinander! Auseinander! Mir müssen uns teilen und einzeln flüchten!", versucht Mathias seinen FreundInnen zuzurufen. Doch infolge des erlebten Schreckens hat er nicht so optimal geatmet beim Rennen, so daß er sich nun beim Rufen etwas schwertut, die notwendigen Luftmengen zufriedenstellend zu verwalten. Die wichtigsten Teile seiner Nachricht kommen aber bei den GenossInnen einigermaßen an. Zumindestens dem Sinn nach werden sie verstanden. Ist es doch ohnehin immer das gleiche, das gemeinsam zu bedenken vergessen wird, und daher immer und immer wieder bei solchen Gelegenheit von irgendeinem oder irgendeiner der GenossInnen als Idee in den Fluchtversuch eingebracht wird. Schon an der nächsten Kreuzung versuchen sie also, ein jeder und eine jede in eine andere Richtungen wegzulaufen. Da über die Zuteilung der Richtungen weder vorbereitend noch jetzt gerade eben etwas ausgemacht worden ist, laufen im ersten Moment versehentlich wieder alle in die gleiche Richtung, um kurz darauf gemeinsam stehenzubleiben und sich gegenseitig ratios anzusehen. Dann rufen sie sich hektisch irgendwelche unverständlichen Sachen zu und versuchen schließlich, die taktisch zielführendste Fluchtwegsaufteilung auf eine, in Anbetracht der Sachlage als ausgesprochen kompliziert und langatmig einzustufen-



BEECL-BLL. COTSCI

de, Art und Weise zu diskutieren.

Ein aus der Ferne zu vernehmendes polizeiliches Folgetonhorn beschleunigt letzten Endes den Entscheidungsprozeß in schier ungeahntem Ausmaß, und so gelingt es schließlich doch noch, irgendwie von dieser Straßenecke wieder wegzukommen.

Nur einem, Konrad, ist es vergönnt, in den nächsten Sekunden festzustellen, daß das Folgetonhorn irrtümlicherweise gar nicht von einer Polizeifunkstreife, sondern von einem Krankentransport des Arbeiter-Samariter-Bundes herrührt. Dies war auch sogleich zu einem gewissen Grad ein gewisses Glück für Konrad, denn ansonsten wäre er der Polizei quasi direkt in die Arme gelaufen. So aber kann der diensthabende Arbeiter-Samariter durch einen festen Tritt aufs Bremspedal das Schlimmste gerade noch verhindern.

Nach ein paar Straßenecken hört Konrad zu laufen auf. Mit ein paar umsichtigen Blicken versichert er sich, daß er auch ja unbeobachtet ist, und entledigt sich sodenn rasch seiner schwarzen Regenjacke, die er über einer dicken Wollweste getragen hat. Dann nimmt er seine Stoffmütze ab und zieht die Handschuhe aus: Mütze und Handschuhe steckt er in seine Hosentaschen, die Regenjacke knüllt er vorerst nur mal zusammen. Beim nächsten Mistkübel will er sie sicherheitshalber wegwerfen.

Daß sich in der Jacke nichts befindet, das irgendwelche Hinweise auf ihn geben könnte, weiß Konrad mit hundertprozentiger Sicherheit. Denn die Jacke hatte er schließlich extra zu dem Zwecke angezogen gehabt, um sich im Notfall ihrer zu entledigen, um praktisch in Sekundenschnelle sein Aussehen verändern zu können. Daher hat er die Jacke vorher auch überaus penibel untersucht.

Es sollte aber ganz anders kommen, als vorgesehen. Denn noch ehe es Konrad gelingt, die Jacke einem der unzähligen freundlichen orangenen Abfallbehälter, die gelegentlich so in den Straßen herumhängen, zu übergeben, biegt da plötzlich ein erschreckend unangenehm aussehender weißer Kombi mit martialischen Dachaufbauten, orangenem Längsstreifen und einer unheilverkündenden Seitenaufschrift - "POLI-ZEI" - in die Gasse ein, die Konrad gerade unschuldig entlang geht.

Am liebsten würde er jetzt ganz schnell weglaufen, aber irgendwie fühlt er, daß das im Moment nicht gar so schlau wäre. Also bemüht er sich ganz unauffällig weiterzugehen. Doch was ist schon unauffällig? Den Blick "unauffällig" auf die Schuhbänder zu fixieren, so als ob er noch nie gesehen hätte, daß sich da irgendwelche wildfremden Bänder um seine Schuhe herumschlingen,

erscheint ihm minder optimal.

Nein! Er will sich wirklich ganz normal verhalten. Wie, wenn nichts passiert wäre. Wie, wenn dies irgendwelche Polizisten, an irgendeinem Abend, in irgendeiner Straße wären, und er selbst irgendein dahergelaufener Passant wäre. Also wirft er den langsam an ihm vorbeifahrenden Polizisten ein, zwei, selbstverständliche, böse Blicke zu, die auch sogleich durch vier, fünf, selbstverständliche, amtliche, böse Blicke erwidert werden, vorauf Konrad ganz selbstverständlich die Faust ballt und damit den Beamten etwas ganz selbsterständliches entgegendeutet. Selbstverständlich hätte er aber vielleicht genau das jetzt nicht tun sollen. Fortsetzung folgt (selbstverständlich)

Monte Verita Buchhandlung und Verlag Ing Peter Stipkovics Hahngasse 15 1090 Wien

Stellungnahme zu den Vorwürfen im Tatblatt Nr. -58 vom 18. Dezember

Gegen eine fruchtbare Auseinandersetzung habe ich nichts, auch nie etwas gehabt. Nur scheint es mir aber, daß das Tatblatt dazu nicht fähig ist. Wenn man auf den alternativen Buchtagen mitten in einem Gespräch von einer unbekannten Person, die sich auch nicht vorstellt, auf rüde Art und Weise unterbrochen wird, dann darf sich diese Person erstens nicht über die Antwort wundern, die sie erhält, zweitens zeigt dies schon ein bißchen das gestörte Verhältnis dieser Person zu seiner

Umwelt. Wenn man weiters Passagen dieser sehr einseitigen Unterhaltung (da dieser sogenannte Interviewer sich seine Antworten in den meisten Fällen de facto selbst gegeben hat) am nächsten Tag durch Zufall als Flugblatt auf diesen alternativen Buchtagen wiederfindet (der Redakteur war offensichtlich zu feige, sich zu unterzeichnen, oder das Flugblatt am Stand vorbeizubringen)[1], dann wirft dies doch ein sehr bezeichnendes Licht, wie die Tatblatt-Redaktion mit den Persönlichkeitsrechten von Leuten umzuspringen pflegt, nämlich in einer Art und Weise, wie es nicht mal die ärgste

bürgerliche Zeitung tun würde.
Aber natürlich ist es einfach, einen Anarchisten anzugreifen, von dem ihr wißt, daß er nicht zu solchen Mitteln wie die bürgerliche Linke greifen kann, d.h. euch verklagen, wenn ihm was an seiner Ideologie liegt[2]. Andererseits kann ich, nachdem ich eure Hetzmethoden kennengelernt habe, jeden gut verstehen, der es tut. Denn eines ist mir an diesem Wochenende klar geworden, sosehr ich auch die Ziele des Ahriman-Verlages ablehne und in keinem System leben möchte, in dem diese Leute zu bestimmen haben, noch viel weniger möchte ich in einem System leben, welches von der Intoleranz und dem Fanatismus selbsternannter

Tatblatt-Moralapostel geprägt ist.

Ich bin Anarchist, lehne jede Herrschaft ab,
EURE, die der INL oder jeder anderen politischen Gruppierung. Für mich seid ihr ALLE "Faschisten", denn ihr wollt MICH beherrschen, MIR vorschreiben, was ich zu tun und lassen habe, MICH schlußendlich vernichten, wenn ihr mal die Macht habt.

Es sind für mich als Anarchisten nicht die gefährlichsten Gegner die, die sich offen zu meiner Gegnerschaft bekennen, weil diese kann man auch eindeutig bekämpfen, viel heimtückischer sind diejenigen, die behaupten Anarchisten zu sein, in

Wirklichkeit jedoch dieselben Verhaltensmuster haben, wie die, die sie zu bekämpfen vorgeben. Wer nur verbal nach ANARCHIE schreit, ohne zu Wissen, was sie bedeutet[3], der schreit auch bald einmal nach dem neuen Führer.

ANARCHIE heißt auch ANARCHIE leben, hier, heute und jetzt. Das heißt aber auch, daß es mir Wurst ist, ob sich die Hoevels-Leute vom Penis bis zu den Haarspitzen tätowieren lassen, ob

sie AIDS haben oder nicht, das ist alleine ihr Problem, solange sie es nicht mir oder anderen AUFZWINGEN wollen. Es steht ihnen doch völlig frei, ob sie sich nach jedem sexuellen Verkehr einen Stempel im Impfpaß besorgen, eine schwarze Messe besuchen, oder sich eine Erfolgsmeldung auf eine Arschbacke tätowieren lassen wollen. Soferne sie es weder mir noch anderen AUFZWIN-GEN wollen. Daher beweist mir euer Geifern lediglich, daß es sich bei der ganzen Auseinander-setzung zwischen Ahriman-Verlag, INL und Tatblatt nur um marxistische Richtungsstreitigkeiten handelt, die der Lauf der Geschichte sowieso bald von der Bildfläche hinwegspülen wird.

Peter Stipkovics[4]

P.S.; Euer P.S. bzw Eure Kampagne gegen Ahriman Verlag belegt doch nur wieder mit welcher Menschenverachtung ihr euren Lesern gegenübertretet. Offensichtlich haltet ihr mal einen gro-Ben Teil eurer Anhänger für Analphabeten, und die paar die lesen können, für völlig unfähig, selbst eine Entscheidung zutreffen, ob sie ein Buch kau-

fen und lesen wollen. Es ist wohl nur den "Führern" aus der Tatblatt-Redaktion gestattet, sich mit den Inhalten von Ahriman auseinanderzusetzen, nicht dem gemeinen Volk. Eure Zensur ist ja noch in vielen Fällen ärger als die des Staates. Ich garantiere euch aber eines, wir haben zwar nicht die Absicht, Ahriman-Bücher bei uns zu führen, aber jeder der ein solches

Buch bei uns bestellt, der wird es auch bekommen. P.P.S.: Soferne ich nächstes Jahr von der VHS nach meiner Meinung gefragt werde, ob der Ahriman-Verlag weiter ausstellen soll, so werde ich sicherlich empfehlen, dies weiterhin zu tun, allein. damit sich der Verlag direkt beim Publikum stellen kann, welchem ich wesentlich mehr Intelligenz und Auseinandersetzungsbereitschaft unterstelle als der Tatblatt-Redaktion.

[1]Offenkundig war auch der Briefschreiber im Tatblattt zu feige sich namentlich zu zeichnen, daher muß ich im folgenden annehmen, daß es sich um einen gemeinschaftlichen Brief der Tatblat-Redaktion handelt.

[2]Das heißt für mich aber auch, daß ich mich als Anarchist und Mensch nicht von jemandem abwende und so tue, als ob ich ihn nicht kenne, wie es die meisten Linken zu tun pflegen, nur weil dieser Mensch nicht auf der selben ideologischen Linie ist, wie ich. Die Bekanntschaft mit Harald Steiner zu verleugnen, nur weil er jetzt in einer anderen politischen Ecke steht wie ich, ist für meinen anarchistischen Moralbegriff nicht drinnen. Würde ich ihn verleug-

Lieber Peter!

Ich gebe dir vollkommen recht, wenn du schreibst: "Das heißt aber auch, daß es mir Wurst ist, ob sich die Hoevels-Leute vom Penis bis zu den Haarspitzen tätowieren lassen, ob sie AIDS haben oder nicht, das ist alleine ihr Problem, solange sie es nicht mir oder anderen AUFZWINGEN wol-

Ganau das ist es! Genau da-

rum geht es! Ob die INL die Zwangstätowierung von HIV-Positiven pro-pagiert, ist keine Frage der "Interpretation ihrer Flugblätter" wie du es in einem Gespräch mit einer TATblattlerin ausdrücktest. Wir glauben zwar, darüber schon mehr als ausführlich im TATblatt berichtet zu haben, aber offenbar immer noch zuwenig. Daher hier noch einmal die INL im Originalton (entnommen aus einem ihrer Flugblät-

ter):
"Unsere Forderung: Da AIDS-Infizierte jahrelang symptomfrei leben können und in den allermeisten Fällen von ihrer Infektion selber gar nichts wissen (...), ist das einzige Mittel, um sich über seinen Infektionsstatuts leidlich Gewißheit zu verschaffen, ein AIDS-Test! (...). Ein Test, den man natürlich nicht der freiwilligen Entscheidung überlassen darf(...). Unsere Forderung lautet daher: Obligatorische AIDS-Test für alle!" [alle Unterstreichungen sind Hervorhebungen des TATblatts

Und weiter:
"Unser Vorschlag lautet, die Betreffenden [die Infizierten; Anm des Redakteurs] an einer Stelle ihres Körpers zu kennzeich-nen, die beim Geschlechtsverkehr nicht verborgen werden kann (...), um auf diese Weise potentielle Sexualpartner von İnfizierten vor Ansteckung zu warnen. <u>Es ist uns</u> bewußt, daß dies einen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte darstellt(...). Ferner soll es unserer Meinung nach jedem, der die diskrete Kennzeichnung ablehnt, frei-stehen, in diesem Fall alternativ die kubanische Lösung für sich beanspruchen zu können(...)'

Was unter kubanischer Lösung zu verstehen sein mag, vermag ein weiter vorne stehender Satz in dem Flugblatt zu vermitteln: "Die 268 Infizierten wurden Diskussionen nen, würde ich auch einen Teil meiner eigenen Geschichte verleugnen und wäre damit genau derselbe politische Wendehals wie viele on Euch. Er hat mal für die Entwicklung einer autonomen Scene in Wien sehr viel getan, als die meisten von Euch noch in den Windeln lagen, und ohne sein Bemühen gäbe es vieles an autonomer Struktur nicht, was heute existiert.

[3]Daß das Wissen über anarchistische Theorien erschrek-kend gering ist, im Verhältnis wieviele Leute davon schreien, kann ich als Verkäufer von 90% aller anarchistischer Bücher locker mit Zahlen belegen, bzw kenne ich die meisten meiner Kunden und weiß daher, wer keine anarchistischen Bücher liest (zB der Großteil der Tatblatt-Redaktion).

Meinungen

[4]Wie ausgezeichnet die Recherchen der Tatblätt'ler sind, läßt sich schon daran messen, daß man erstens nicht in der Lage war, meinen Namen richtig zu schreiben, zweitens die Adresse des Adressaufklebers nicht stimmt, unser Laden ist nämlich auf Hahngasse 15 und nicht 17 und sich dadurch offensichtlich die Tat-blatt "Reporter" auch im Buchladen geirrt haben müssen, denn in unserem Laden konnte beim besten Willen noch niemand ein Ahriman-Buch entdecken. Folglich dürfte sich auch noch niemand von ihnen jemals in unserem Buchladen eingefunden haben.

dort [in Kuba; Anm dR] im eigens eingerichteten Santiago de Las Vegas Sanatorium (...) unter (lebenslange) Quarantäne gestellt

Briefe

Diese Passagen haben uns schon im TATblatt minus 72 zu der Behauptung verleitet, daß die INL die Zwangsinternierung von HIV-Positiven fordert, was von der INL allerdings entgegnet wurde. Wir korrigierten daraufhin auf "Propagierung der Zwangsinternierung von HIV-Positiven". Die Behauptung, daß die INL die Zwangstätowierung fordere, wurde niemals zu entgegnen begehrt. Wie denn auch? siehe Flugblatt-Auszüge

Wir wollen jetzt nicht Punkt für Punkt auf alle Vorwürfe aus deinem Antwortbrief eingehen. Wir wollen auch nicht anfangen. anhand von Rechnungen den Bezug anarchistischer Literatur nachzuweisen. Und wir können auch beim besten Willen nichts dafür, zum Teil später als Harald Steiner auf die Welt gekommen zu sein. Es forderte auch keineR, daß du, Peter, die Bekanntschaft mit Harald Steiner leugnest. Ganz im Gegenteil! Gerade wenn ein ehemaliger Genosse und Freund sich plötzlich zum Propagandisten faschistischer Gedanken wandelt - und dieser Satz ist jetzt ganz allgemein gemeint, und hat ganz ausdrücklich nichts mit Harald Steiner oder dir zu tun - ist es doch mehr als vordringlich, sich darüber Gedanken zu machen. Es geht nicht darum, irgendetwas zu verleugnen, sondern ganz massiv daraus zu lernen, und dazu gilt es, das Problem zu thematisieren und beim Namen zu nennen. Faschismus wird nicht weniger menschenverachtend, nur weil man oder frau mit dessen Propagandisten mal befreundet war.

Zu guter Letzt möchte ich noch anmerken, daß jener LeserInnenbrief, um den es da die ganze Zeit geht, wie es LeserInnenbriefe so an sich haben, von LeserInnen, und nicht von der TATblatt-Redaktion stammte. Dementsprechend finde ich es etwas komisch, daß du dem TATblatt wegen der Veröffentlichung eines LeserInnenbriefes vorwirfst, nicht zu einer Auseinandersetzung fähig zu sein. Die von dir dann eingeschlagene Form der Auseinandersetzung beinhaltet dann aber Rundumschläge bis zum Faschismus-Vorwurf. Gerade dieser ist auch etwas, was, davon abgesehen, daß ich ihn absurd finde, ausgesprochen weh tut, gerade weil er von dir kommt.

Wenn du den AutorInnen des LeserInnenbriefs, wie auch jenen des Flugblattes vorwirfst, nicht namentlich dazu zu stehen, was sie schreiben, erweckt das bei mir den Eindruck, als ob du in den letzten Jahren vieles, was in der linksradikalen und anarchistischen Szene in Punkto Auseinandersetzung mit Repression gelaufen ist, irgendwie übersehen hast oder ignorierst. (Damit will ich dir keine Meinung aufzwingen, ich erwarte bloß von dir, daß du da andere — oft ausführlich durchargumentierte diesbezügliche Auffassungen zumindestens akzeptierst.) Gerade die INL ist eine Gruppe, die nicht ansteht, LeserInnenbriefschreiberInnen wegen ihrer, in den Briefen getätigten Aussagen zu klagen. Aus diesem Grund würden solche Briefe im TATblatt, selbst wenn sie unterschrieben einlangen sollten, nur anonymisiert abgedruckt wer-

Wegen des Abdrucks des LeserInnenbriefs in der letzten Ausgabe, wurden wir inzwischen übrigens ohnehin schon vom Ahriman-Verlag geklagt. Streitwert wieder einmal S 450 000, —

Diese ewige Klagerei aus dieser Richtung wird schätzungs-weise erst dann aufhören, wenn das TATblatt finanziell zu Grunde gerichtet ist, was bei einem kleinen selbstverwalteten Projekt wie dem TATblatt kein gro-Bes Kunststück ist. Aber du kannst das ja verstehen, wie du schreibst.

Aber um bei deinen Worten zu bleiben: "Es sind für mich als Anarchisten nicht die gefährlichsten Gegner die, die sich offen zu meiner Gegnerschaft bekennen, weil diese kann man auch eindeutig bekämpfen, viel heimtükkischer sind diejenigen, die behaupten Anarchisten zu sein, in Wirklichkeit jedoch dieselben Verhaltensmuster haben, wie die, die sie zu bekämpfen vorgeben." Wie wahr!

Ein anarchistischer Autonomer aus dem TATblatt-Kollektiv•

Betr.: TATblatt minus 58 — Bericht über **HOSI-Beschwerde**

Liebe FreundInnen!

Vielen Dank für euren ausführlichen Bericht und die aus der erwähnten Erkenntnis gezogenen Schlußfolgerung. (...)

Folgende Richtigstellung ist mir als Verfasser jener Medieninformation (...) wichtig:

Ich habe zur Beurteilung des VfGH, die Polizeibeamten hätten denkmöglich annehmen können, daß zwischen der transparenthaltenden HOSI-Gruppe und den TeilnehmerInnen an einer anderen Demonstration ein Zusammenhang bestand, folgendes bemerkt: "Auch das ist an den Haaren herbeigezogen. Oder hält der VfGH die Polizeibeamten für Volltrottel, die nicht zwischen vermummten Punks aus der autonomen Hausbesetzerszene und harmlosen Lesben und Schwulen unterscheiden können? Der Nichtzusammenhang war schon durch den Text auf dem Spruchband mehr als evident!" Damit wollte ich wirklich nur die Blödsinnigkeit des Argumentes ironisieren und mich keinesfalls von der Straßenwaschaktion oder der HausbesetzerInnenszene

distanzieren (vielleicht hätte ich Anführungszeichen verwenden sollen - denn auch wir sehen uns keinesfalls als "harmlos" an!). Zwar finde ich diese Passage auch beim Wiederlesen eigenlich nicht mißverständlich, aber ich nehme zur Kenntnis, daß mensch sie offenbar anders verstanden hat, als ich sie meinte. Das tut mir au-Berordentlich leid. Leid tut mir auch die Verwirrung und das Mißverständnis, die ihr bei Gudrun H. ausgelöst habt. Ich gehöre sicher nicht zu den (sehr wenigen) HOSIanerInnen, die sich gegenüber der Aktion der HausbesetzerInnen abgren-

zen wollten. Gudrun H. sei meine Kronzeu-

Ich bitte Euch um steht doch immerhin Wien auf dem Spiel!

Briefe Veröffentlichung dieser Richtigstellung, steht doch immerhin der gute Ruf der HOSI **Diskussionen**

Mit bestem Dank und lieben Grüßen Homosexuelle Initiative Wien

Betrifft: Richtigstellungen

Euch, lieben LeserInnen, liegt nunmehr die 45. (in Worten: die fünfundvierzigste) Ausgabe des TATblatt vor. Das waren 45 Ausgaben, in denen wir das Zeitungsmachen ein wenig erlernen konnten.

Trotzdem sind wir noch immer am Anfang: Fehler, Fehler, Fehler.

Da meine ich jetzt weniger die Lay-out- oder Rechtschreibfehler...

Viel schlimmer sind die Fehler, die uns manchmal in der Beurteilung von Infos unterlaufen, in der Formulierung von Meldungen und in der Bewertung der notwendigen Recherche.....

Das sieht dann für einige nach Absicht oder "Strategie" aus. In Wirklichkeit - ganz ehrlich ist es ein Zeichen fehlender Erfahrung und manchmal auch fehlender Phantasie!

Zum Brief der HOSI-Wien:

Wir haben uns das wirklich nicht leicht gemacht.

Die HOSI-Aussendung machte eine große Runde. Sicherlich 15 Personen, denen der dann von uns in TATblatt minus 58 kritisierte Absatz vorgelesen wurde, konnten darin nur eine Distanzierung erkennen. Eine Frau meinte, wir sollten doch lieber einmal nachfragen.

Wir riefen Gudrun H. an, die diese Presseinformation nicht kannte. Und nachdem wir ihr den Text vorgelesen hatten, gab sie uns die dann abgedruckte Erklärung. Es war wohl eine 'mögliche Erklärung', und keine definitive.

Trotzdem reichte sie uns, weil sie uns als einleuchtend erschien.

Auf die Idee, den Verfasser der kritisierten

Über die Prügelei im KUKU

Der Typ mit dem Faustschlag ins Gesicht einer Frau war ich. Ich möchte mich hiermit bei der Frau entschuldigen, es ist mir irrsinnig peinlich, ich weiß auch gar nichts mehr, habe nur mehr um mich geschlagen, es ist übrigens das erste Maal, daß ich eine Frau geschlagen habe. Es war auch keineswegs berechnend, habe durchgedreht. Die Ursache dieses Eklats war Eifersucht und zu viel Alkohol. Leider, manchmal reitet mich der Teufel.

Zeilen persönlich zu fragen, kam der Autor dann nicht mehr. Vielleicht auch aus Bequemlichkeit:keine Lust haben, mit jemanden am Telephon herumzudiskutieren, den mensch schon inhaltlich eingekastlt hat (wobei aber bitte der böse Vorsatz fehite).

Über den Brief der HOSI haben wir uns sehr gefreut. Freundlicher kann mensch sich ia gar nicht mehr beschweren. Und schließlich ist es nicht gerade unerfreulich zu hören, daß mensch sich selbst geirrt hat, wenn es um die Einschätzung einer vermeintlichen Distanzierung geht.

Zum "Schriftsteller Gerhard Ruiss":

Der Artikel erweckt tatsächlich den Eindruck, daß Gerhard Ruiss dem Plan eines (Groß-) Teiles der Wiener KPÖ bereits zugestimmt hätte. Das ist und war falsch!

Hier geht es weniger darum, die Betroffenen zuerst zu befragen, weil wir gar nicht angenommen hatten, daß Ruiss oder Ostbahnkurti zur Teilnahme an einer Anti-anti-Opernballfeier bereit wären. Hier ist in der Hektik einfach bescheuert formuliert worden, wofür wir uns bei Gerhard Ruiss entschuldigen wollen.

Das miteinander reden ist aber trotzdem ein guter Ruiss' Vorschlag. Wir wollen niemandem regelmäßig auf den Kopf hauen und - alle Kritik in Ehren - wir haben auch bereits zweimal über den Kampf der von Gerhard Ruiss in ihrer Existenz bedrohten Kronenzeitung berichtet, und das Thema ist nicht abgehakt.

Es ist auch nicht so, daß wir "GegenveranstaltungsteilnehmerInnen brauchen". Wir haben in einer kritikwürdigen Form - über etwas berichtet, was sich wirklich zugetragen hat (siehe unten) und für außerparlamentarische und autonome Gruppen bedeutende Auswirkungen haben könnte.

Kritik aus verschiedenen KPÖ-Bereichen:

Folgender Wortwechsel fand während des Vorbereitungsplenums für den Opernball am 9.1.91 im A-Haus statt:

KSV-Vertreter: "Es bringt uns sicher nicht weiter, wenn über das TATblatt falsche Meldungen über die Politik einzelner Gruppen verbreitet werden. Es ist in der KPÖ nie beschlossen worden, eine

Liebe TATblattler,

der schreibt Euch was, der "Schriftsteller Ruiss", wenn Ihr mich da so unbekummert auf Eurer Seite 7 in minus 58 (betrifft: Opernball) als "echten Erlebnisvermittler" bei einer Gegen-Antiopernballdemonstration zitiert, so, als ob schon irgendwer mit mir gesprochen hätte. Ihr auch nicht, was Ihr aber vielleicht tun solltet, weil sonst könnte es sein, Ihr bringt eine Nachricht vom "Garnichts" auf dieser Welt anstelle des Bösen, wie Ihr das doch laut Eurer Titelseite

wollt. Wenn Ihr schon "Gegenveranstaltungsteilnehmer" braucht, dann fragt sie wenigstens, ob sie auch welche sind. Einmal abgesehen davon, daß ich sich in unschöner Regelmäßigkeit auf den Kopf hauen zu lassen auch für keine besonders ausgeklügelte Strategie von politischem Uneinverständnis halte. Und genauso abgesehen davon, daß ich möglicherweise das Donpelte von Eurem jetzt ersten verlorenen Prozeß wegen meiner Vorjahresteilnahme an der Anti-Opernball-Demonstration zu zahlen haben werde, als - versteht sich - kollektiver und offensichtlich soweit solidarischer Einzelner, daß Ihr in Nachrichten-Nichtunterdrückung schon soweit seid, eine Nachricht über mich zu bringen, die gar keine ist.

Der Vorbeugung halber, sollte ich den Prozeß der "Krone" gegen mich verlieren, sag'ich Euch jetzt schon meine Kontonummer: Z 754 268 241, wo Ihr mir die Schilling 100, die ich Euch für Euren Prozeß gespendet habe, ja wieder zurückspenden könnt.

Der "Schriftsteller Gerhard Ruiss"

Gegenveranstaltung zur Anti-Opernballdemo zu organisieren. Und das Telex, von dem im TATblatt die Rede ist, hat's auch nie gegeben. Man wird sich ja noch innerhalb einer Organisation zusammensetzen dürfen."

KJÖ-Vertreter: "Stimmt, den Beschluß hats nicht gegeben. Aber um jede Geschichtsfälschung zu vermeiden muß gesagt werden, daß er nur deshalb nicht gefaßt wurde, weil die Strukturen inne

halb der KPÖ so etwas zur Zeit nicht leisten können. Die Absicht war schon da."

Und später zu uns: "Das Telex war kein Telex, sondern ein Brief. Die TATblattmeldung war im wesentlichen richtig."

Geärgert haben sich einige KJÖ'lerInnen über den Satz: "Probleme gibt es wie üblich nur mit der kommunistischen Jugend, die scheinbar die Politik der Erneuerung noch nicht richtig ka-

Das Schlagwort 'Politik der Erneuerung' bringen wir eher mit dem Einsteigen der KPÖ-Führung auf pro-EG-Kurs und der Unterstützung des US-Kriegskurses am Golf in Zusammenhang. Für die KJÖ'lerInnen hat es aber eine andere, positve Bedeutung: ErneuerInnen sind ihrer Ansicht nach jene, die linke Positionen in die Partei einbringen und in dieser auch durchsetzen wollen.

Zukünftig ist also mehr Vorsicht bei (bestenfalls) halblustigen Wortspielchen angebracht!

Einer vom TATblatt-Kollektiv

TERMINE

LINZ KAPU

Fr.18.01.,20h: Bewährungshilfegschnas Fr.25.01.,20h: MC SHANK (usa)-HIP HOP live aus NY

Mi.06.02.,20h: Melvins (usa)

Mo.18.02.,20h: AGENT ORANGE (usa) außerdem:

Frauen aufgepaßt! Näxtes Frühstück am So.03.02.!

jeden Di.:19h INFOLADEN & TATblatt-Treffen

jeden Mi.:19h KAPU-Palaver

SCHWERTBERG

KANAL

Sa.19.01.: HARMLESS WANKERS
Sa.26.01.: ERICH KLINGER, "Rückkehr
nach Dobretsberg", Performance & Disco

WELS

ALTER SCHLACHTHOF

Sa.19.01.20h: The APE LTD presents: 1st HEADBANGERSBALL mit DESPAIR(brd) + POLTERGEIST(ch), anschließend Metal Disco

wien

FLEX

Sa.26.01.,21h: KBO (yu),BRAY (ö)

PLENUM

CHUZPE 9, Marktg. 21

Veranstaltungsreihe: Die Psychiatrie den PsychiaterInnen - ALLEIN

jeden Dienstag 19h30

Verbrechen Klassengesellschaft oder das Massenmörderkartell (Industrie-Staat-Kirche) - demonstriert am Terrorismus der Institutionen

Di.15.01.: Bericht über SPK (Sozialistisches PatientInnenkollektiv Heidelberg)

Di.22.01.: Michael Schneider; "Neurose und Klassenkampf"

Di.29.01.: Sexualität und Klassenkampf. Wilhelm Reich und R.Reiche

Fr.25.01.19h:Informationsveranstaltung zur Volx-Ver-Zählung, es ist geplant, ab März ein Anti-Volkszählungsbüro in der Chuzpe einzurichten - mit Infomaterial und regelmäßigen Telefondiensten

jeden Donnerstag 17h Vorbereiungstreffen wegen des Antipsychiatriekongresses, der im Herbst 91 in Wien stattfinden soll!

VHS Brigittenau

Di.15.01.,19h: Aziz Miran: "Kurden und Kurdistan in den österr. Medien."

VHS Ottakring

Di.15.01.,19h: Zwischen Anpassung und Wi-

tand: Femi

AIDS – das Virus kennt keine Grenzen Schrei der Angst

Drama in vier Abschnitten von Jack Unterweger

Am 17. Feber hat im "Theater die Tribüne" (neben dem Wiener Burgtheater) das Drama "Schrei der Angst" von Jack Unterweger Premiere.

"Die Verantwortung, den Betroffenen und dem Thema gegenüber, hat den Autor dazu "verführt", das Stück zwar mit künstlerischen Mittel umzusetzen, aber doch nicht zu weit von der realen Erfahrung abzubringen, damit niemand eine zu große Distanz zum Inhalt aufbauen kann. Allen (Betroffenen und Umwelt) ist eines gemeinsam: Unsicherheit, von einigen Medien zusätzlich aufgeputscht, statt aufklärend zu wirken, führt weg von Verständnis und Hilfe. Der im vorliegenden Stück geschilderte Fall ist in gewisser Weise authentisch: dem Betroffenen blieb nur die Mutter, die zuerst nicht fertig wurde mit der Todeskrankheit ihres Sohnes, und dann verlor sie die Nüchtern-

Di.19.02.: AGENT ORANGE (california) Do.21.02.: SLAPSHOT (boston)

außerdem:

Boiler Live Pool

Mi.16.01.21h: BOMB CIRCLE

Mi.23.01.21h: MANHATTAN LOVE SUI-CIDE

Mi.30.01.21h: RATED XXX jeden So.18-24h: Infocafe & Video!

EKH

jeden Do.: VOLXKÜCHE

AMERLINGHAUS

Mi.16.01.,19h: Diskussionsveranstaltung "Wie kann es in Anbetracht der weltweiten Veränderungen mit der Soli-Arbeit weitergehen?" Mit Impulsreferaten (VertreterInnen von "3.Welt" Gruppen) und Filmbericht über die Gatt-Verhandlungen.

Mo.28.01.19h: ANTI-VOLXZÄHLUNGS-

heit, wurde in eine Irrenanstalt eingeliefert und verübte dort, zwei Wochen nach dem Tod ihres Sohnes, Selbstmord.", heißt es in einer Stückbeschreibung.

Aufführungstermine: 17., 18., 24., 25. Feb.; 3., 4., 10., 11., 17. 18., 24., 25. März jeweils 20 Uhr im Theater die Tribüne in Wien 1, Dr. Karl Lueger Ring 4 — Café Landtmann.

Bundesländertermine: 20. Feb. 19.30 Uhr Amstetten Pfarrsaal; 22., 23. Feb. 19.30 Uhr Salzburg Elisabethbühne; 28. Feb., 1. März 20 Uhr Klagenfurt ORF-Saal; 5., 6. März 19.30 Uhr Graz Kulturzentrum Minoriten; 13. März 20 Uhr Dornbirn ORF-Saal; 15. März 20 Uhr Volkshaus-Saal Schwaz in Tirol Volkshaus-Saal; 21., 22. März 20 Uhr Wels Kulturzentrum Schlachthof

Kartenvorbestellungen: (0222)422539

nistische Bewegungen im 20. Jh - Zwischenkriegszeit: Die ArbeiterInnenbewegung

demonstration 21.01.17h

NIEDER MIT DEM US-KRIEGS-ZUG IM ARABISCHEN RAUM!

Aufhebung aller Boykottmaßnah-

Keine NATO-Transporte über Österreich!

NÄXTES ANTIVOLXZÄH-LUNGS-PLENUM:

Mo.28.01.19h: AMERLINGHAUS und jeden truitag: 16 Uhr Radiolemo un listhausplatz

GRAZ

ÖH, Schubertstr. 2-4; Zi. 5 Di. 22.01.: Volxverzählungstreffen,

Betrifft: TATblatt

Tja, sehr zeitig ist es wieder einmal geworden, eigentlich schon beinahe wieder Zeit zum Mittagessen. Eigentlich habe ich ja überhaupt keine Zeit, hier noch irgendwelche mehr oder weniger gescheiten Sprüche zu klopfen. Aber was ist schon ein TATblatt ohne »Betrifft«?

Es gibt doch Dinge, die noch, so in eigener Sache, Eingang in die Zeitung finden sollten. So zum Beispiel die grandiose TATsache, daß der Ort Kleinreifling in OÖ jener Ort mit der hächsten Dichte an TATblatt-LeserInnen ist. Oder, daß wir gerade den Abo-Höchststand verzeichnen können.

Aber, wie immer ist die Freude getrübt. Wie ihr vielleicht schon an anderer Stelle des TAT-blattes gelesen habt, hat sich der Ahriman-Verlag nicht die vermeintliche Chance entgehen lassen, uns zu klagen. 450.000.- Schilling stehen am Spiel — wird langsam eine teure Angelegenheit. Aber, wir sind voll Zuversicht, daß ihr uns nicht hängen und untergehen lassen werdet und danken auf diesem Wege all unseren SpenderInnen recht herzlich, obwohl wir sicher sind, daß der Ahriman-Verlag diesmal mit seiner Klage nicht durchkommen wird.

Natürlich fehlt auch diesmal wieder einiges in der Zeitung. Wie zB die Fortsetzung der Psychiatrie-Serie. Wir haben sie beim besten Willen nicht mehr untergebracht, werden sie aber in der nächsten Nummer sicherlich nachholen.

Was sich noch getan hat: Das Lehaut befindet sich nun im endgültigen Teamwechsel — daher auch die zeitliche Verzögerung.

Nichts für ungut, Liebe & Kraft und alles erdenklich Gute eine vom Lehaut

Wir verkaufen laufend aus unserer Sammlung Bücher die ihr sonst kaum bekommt – zu Preisen, die ihr euch leisten könnt!

おりにはまれ 771110177412211三

Geschichte der ArbeiterInnenbewegung und des Sozialismus, international und Österreich -Ökonomie - Politik - Philosophie - Kunst - Belletristik - Klassiker der Weltliteratur - proletarische Romane Kinderbücher -Reiseliteratur- Schach - Plakate und vieles mehr

Tausende Bücher 20,-!

W.Simon
iheringgasse 13 ,1150 Wien
Tel: 855 84 32
Donnerstag 15- 20 Uhr,
Freitag 15 - 18 Uhr
Samstag 15 - 18 Uhr

Wir sind leicht erreichbar:

2 Minuten von der U 4, Station Schönbrünn,

5 Minuten von der Straßenbahn 52/58, Station Winckelmannstr..

Unverkäufliche Raritäten. können auf Wunsch kopiert werden!

TATblatt erhältlich!

tes Informations- und Diskussionsorgan. Unser Ziel ist es aber nicht, irgendwelchen mystischen Objektivitäts- oder Ausgewogenheitsgeboten zu entsprechen.

Ein Medium ist immer nur ein Medium derer, die in ihm als Handelnde vorkommen! In bürgerlichen Medien handeln Unternehmer, Hausbesitzer, Regierungsmitglieder oder in deren Vertretung Polizei und Militär.Jene aber, die gegen menschenverachtende Projekte und Politik Widerstand leisten, die werden geräumt, werden geprügelt und werden festgenommen; kommen also nur als passiv Erduldende und Erleidende vor. ohne eigenen Antrieb (ferngesteuert) und vor allem ohne politische Bedeutung (ohnmäch-

Im TATblatt, und das soll der Name zum Ausdruck bringen, handeln jene, die Straßen blockieren, Häuser besetzen,....eben Widerstand leisten. Und diese sollen am Besten auch gleich selbst und ganz und gar subjektiv von ihrem Handeln berichten.

Auch die Antworten zu Fragen über Für und Wider von Basislohn, Militanz, Volkszählung usw. usf. werden wir uns nicht aus gebundenen Büchern heraussuchen können; die müssen wir uns schon selbst suchen: Also miteinander debattieren und streiten lernen. Der Platz dazu soll im TATblatt sein.

Das TATblatt ist ein Projekt in Entwicklung. Nicht nur die Rechtschreibfehler und die gegen Null laufende Numerierung deuten darauf hin. Welche aber Rechtschreibfehler, die Suche nach einem eigenen Schreibstil oder die Auseinandersetzung mit widersprüchlichen Meinungen nicht abschreckt, die können an der Entwicklung eines unabhängigen linken Zeitungsprojekts mitarbeiten.

Die TATblatt-Kollektive:

TATblatt-Wien: 1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11; Telefon: (0222) 57 49 543; Plenum: jeden Donnerstag um 19 Uhr

TATblatt-Graz: Kontakt: 8010 Graz; Kastellfeldgase 34/16

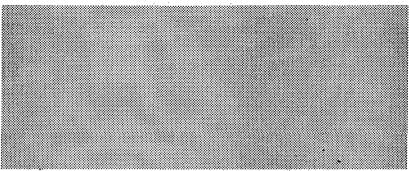
TATblatt-Linz: Treffen:

NEU: jeden <u>Dienstag(I)</u> um 19 Uhr im KAPU (Kapuzinerstraße 36)

TATblatt-Innsbruck: Treffen jeden Mittwoch nach Erscheinen im Seminarraum des Politikwissenschaftsinstitutes der Uni Innsbruck um 20 Uhr.

10 Ausgaben oder S 190, - für 20 Ausgaben, soferne deine Postanschrift innerhalb Österreichs liegt. Außerhalb dieser Grenzen kostet ein 10-Nummern-Abo S 150,-.. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, durch freiwillig erhöhte Abogebühren das TATblatt finanziell zu unterstützen.

TATblatt-Abos beginnen an dem Zeitpunkt zu laufen, zu dem die Abogebühren bei uns eingelangt sind (und zwar ausnahmslos!) Also: Wenn du abonnieren willst, so zahle möglichst rasch den beiliegenden Erlagschein ein. Falls keiner beiliegen sollte, so überweise das Geld auf P.S.K. 7547 212; Empfängerin "Unabhängige Initiative Informationsvielfalt" eintragen! Das Abo endet automatisch nach Auslieferung von 10 oder 20 Ausgaben, wenn es nicht rechtzeitig durch Neu-Einzahlung verlängert wird.



P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

Achtung AbonnentInnen! Die im Adreßpickerl unterhalb deines Namens in doppelter Klammer angegebene Zahl ist die Nummer jenes TATblatts, die du als letzte im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängerst!

Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:

Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1060 Wien; Gumpendorferstraße 157/11

Telefon: (0222) 57 49 543 Konto: P.S.K. 7547 212

DVR Nr. 0558371 Druck: Eigendruck

Offenlegung gemäß §25 Mediengesetz: Die Unabhängige Initiative Informationsvielfalt ist zu 100% Eigentümerin des TATblatt. Vorstand:smitglieder



Mit dem Rotstilzchen in ein revolutionäres neues Jahr.! Für 3 Minuten wurde das ehemalige autonome Stadtteilzentrum am Silvesterabend wiederbesetzt. Dann kamen allerdings ungebetene Partygäste in grün ...

und im Einzelnen:

WIEN 1: ● BH Brigitte Hermann (Grünangergasse 1) ● BH Kolisch (Rathausstraße 18) ● BH Südwind (Kleeblattgasse 4) • BH Winter (Landesgerichtsstraße 20) • Zeitungskiosk R. A. Keream (Kärntnertorpassage — beim U4-Abgang) ● BH Zentralbuchhandlung (Stephansplatz) WIEN 2: ● BH Rive Gauche (Taborstraße 11b) WIEN 3: • BH Sprachlos (Radetzkystraße 6) WIEN 6: • BH/Platten VKA (Stiegengasse 20) • Beisl KuKu (Linke Wienzeile 98) • Platten Why Not (Otto Bauer Gasse 16) WIEN 7:

Naturmarkt St Josef (Zollergasse 26) WIEN 8: EZA ("3.W" EZA (Lerchenfelderstraße 18-24)

Bio Makrokosmos (Strozzigasse 38) WIEN 9:

BH Buchwelt (Schwarzspanierstraße 15)

BH Reisebuchladen (Kolingasse 6) • Autonome Selbsthilfe (Marktgasse 21 bis 23; Mo/Di/Do 16-20; Mi 13-20) ● BH Monte Verita (Hahngasse 15) WIEN 10: ● BH Schiebl (Laxenburgerstraße 48) ● MieterInnen-Interessensgemeinschaft (Antonsplatz 22; Mo&Mi 15-18.30) WIEN 15: Antiquariat W. Simon (lheringgasse 13; Do 15-20; Fr 15-18) WIEN 16: ● Beisl Cl. Payergasse 14) ● Beisl B.A.C.H. (Bachgasse 21) GRAZ: • Friedenswerkstatt (Paulustorgasse 3) • Dradiwaberl-Antiquariat (Zinzendorfergasse) ● Bücherstube (Prokopigasse 16) LINZ: ● Alternativladen (Zollamtsstraße 20) ● BH Alex (Hauptplatz) INNSBRUCK: Am Haven (Innrain 157) BH Parnaß (Speckbacherstraße 21) Café Ultimatum (Dreiheiligenstraße 9) SCHWERTBERG (OÖ): ◆ Kulturverein KANAL (Joseftal 21) SCHWAZ IN TIROL: • "Dritte Welt Laden"

Änderungen vorbehalten! Stand November 1990